

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition  
Berlin S. 59, Urbanstr. 68 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpaltige Zeile 60 Pf.,  
Stellengesuche 40 Pf., für Ver-  
bandsmitglieder 40 Pf., Verjam-  
lungsanzeigen z. 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen

Nr. 31.

Berlin, den 29. Juli 1911.

27. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Stat. Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 29. Juli in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 29. Juli erfolgen und sind dieselben dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 8. August bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

2. In der Zahlstelle Ebersbach-Neugersdorf werden von jetzt ab Unterstützungen ausbezahlt.

3. Der Zahlstelle Köln ist die Erhebung bezw. die Erhöhung des Sozialbeitrags von 5 Pf. in der 1. und 2. Klasse und von 15 Pf. in der 3. und 4. Klasse pro Woche genehmigt worden.  
Der Verbandsvorstand.

## Geschichte und Theorie der Arbeitslosenversicherung.

I.

Solange nur für den eigenen Bedarf produziert wurde, wußte man nichts von der Arbeitslosigkeit. Als aber die Produktion für den Verkauf begann, erschien auch das Schreckgespenst: Arbeitslosigkeit. Im alten Griechenland wurde die Arbeit des freien Bürgers durch die Billigkeit der aufkommenden Sklavenarbeit verdrängt. Wo dies nicht der Fall war, wirkte die Sklavenarbeit preisdrückend: der freie Bürger mußte für einen Hungerlohn arbeiten. Den hellenischen Gemeinwesen erwuchs daraus die Pflicht, diese Mißstände zu beheben und deren Folgen zu lindern. Die Regierenden fiedelten die arbeitslos gewordenen Bürger in den eroberten Ländern als Bauern an und ließen durch sie Luxusbauten herstellen.

Einen anderen Weg schlug man im alten Rom ein. Es wird berichtet, daß auf Antrag des jüngeren Gracchus die lex frumentaria angenommen wurde. Dieses Gesetz bestimmte, daß jeder in Rom ansässige Bürger monatlich ein bestimmtes Quantum Getreide zu einem billigen Preis erhalten sollte. In der folgenden Zeit wurden Getreide, Wein, Öl, Salz, Fleisch und Kleider unentgeltlich an Arbeitslose abgegeben, ja sogar bares Geld wurde an sie ausgeteilt. Soweit wir über das Mittelalter unterrichtet sind, kennen wir anfangs keine Arbeitslosigkeit größeren Umfangs. Dieser Zustand änderte sich aber, als die Bevölkerung mehr und mehr zu wachsen begann. Mit recht zweifelhaften Mitteln suchte man die mit der Bevölkerungsvermehrung Hand in Hand gehende Vermehrung der Gewerbebetriebe einzudämmen. Die Gewerbe- und Zunftverfassung der damaligen Zeit sollte Ordnung in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Handwerker bringen. Wer Unterkunft in den Zünften fand, der hatte wenigstens so viel, daß er existieren konnte; wurde aber ein Zunft-

genosse arbeitslos, so erhielt er Unterstützung von der Zunft. Allen denen aber, die kein Unterkommen in der Zunft fanden oder die sich der strengen Zunftordnung nicht fügten und daher arbeitslos wurden, blühte kein günstiges Los. Die einzige Möglichkeit, sich durchs Leben zu schlagen, war der Bettel. Verschuldete und unverschuldete Arbeitslosigkeit wurde damals nicht auseinandergehalten, der arbeitsunfähige Bettler wurde gleich dem arbeitsfähigen bestraft. In den Strafmitteln war man nicht wählerisch, und die Strafen waren roh und hart. Die Arbeitslosen, die doch betteln mußten, wenn sie leben wollten, erhielten die empfindlichsten Strafen, wenn sie beim Betteln erwischt wurden: sie mußten in Gefängnissen schmachten, sie wurden ausgepeitscht und an den Pranger gestellt. Wenn man diese graufamen Bestrafungen richtig würdigen will, so muß man sich vergegenwärtigen, daß dies jene Zeit war, wo das Handwerk einen goldenen Boden hatte.

Am Ausgang des Mittelalters und im Anfang der Neuzeit war die Lage der Arbeitslosen nicht viel günstiger. Um nur einige Beispiele herauszugreifen: In Frankreich waren jedermann, der sich nicht ernähren konnte und sechs Monate arbeitslos war, Galeerenstrafen angedroht, und in Polen wurden Bettler und Bettlerinnen, die kein ärztliches Zeugnis über ihre Arbeitsunfähigkeit beibringen konnten, von der Polizei aufgegriffen, ihres Geldes beraubt, vier Wochen gefangen gesetzt, zu öffentlichen Arbeiten verwendet und an jedem Freitag (dem Tag der Fleischenthaltung) verbrachte man ihnen fünfzig Rutenhiebe. Kein Mensch wird bezweifeln, daß dies eine sehr einfache Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit war.

Die Aufklärungspphilosophie des 18. Jahrhunderts brachte in der Frage der Arbeitslosigkeit humanere Anschauungen. Adam Smith, der Vater der Nationalökonomie, predigte im Zeitalter der aufstrebenden Industrie das freie Spiel der freien Kräfte. Von ihm erwartete man damals alles Heil. Wenn jemand sein eigenes Interesse wahrnehme, so nehme er auch gleichzeitig das Interesse aller wahr. Wenn alle dies tun, so muß das zur Harmonie und zum Frieden führen. Allerdings setzte Adam Smith dabei voraus, daß sich jeder bei der Wahrnehmung seiner Interessen nur von den edelsten Motiven leiten lasse. Heute wissen wir, daß der Schwächere bei dem freien Spiel der freien Kräfte zugrunde geht, daß ihm die Allgemeinheit beizubringen muß, wenn ihm Gerechtigkeit widerfahren soll. Aber die Lehre von der ungehinderten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte brachte doch das eine Gute, daß der in Not und Elend Geratene nicht mehr gepeitscht wurde, sondern der Armenpflege anheimfiel. Schon früher hatten die Physiokraten das Recht auf Arbeit verkündet, durch ein entsprechendes Gesetz war dieser Grundsatz anerkannt worden. Das Recht auf Arbeit, wie schön das klingt! Durch ein Gesetz war bestimmt worden, daß jeder ein Recht auf Arbeit habe. Leider ist dieses Gesetz nie angewandt worden. Dazu kam, daß den Unternehmern der aufstrebenden Industrie nicht so sehr das Wohl ihrer Arbeiter am Herzen lag als der Profit. Sie waren nicht von jenen Motiven befeuert, die Adam Smith als Voraussetzung des wirtschaftlichen Friedens bezeichnete. Jeder Unternehmer trachtete danach, die Konkurrenz zu beseitigen; so konnten wir nicht zum Frieden, sondern zum wirtschaftlichen Krieg. Die Aufhebung der Zunftschranken hat wohl die Entstehung größerer Betriebe begünstigt, die Gewerbefreiheit hat die Industrialisierung gefördert, aber das goldene Zeitalter des wirtschaft-

lichen Friedens erwarten wir noch. Die Dinge haben sich ganz anders gestaltet, als man geglaubt hatte. Die kapitalistische Produktionsweise zeitigte schwere Wirtschaftskrisen, und ihnen folgte Massenarbeitslosigkeit. Die unregelmäßige Produktionsweise bringt es mit sich, daß sogar in Zeiten der Hochkonjunktur Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die Mubrik: Arbeitslosenunterstützung des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches zeigt, daß die Gewerkschaften auch in den sogenannten guten Jahren große Aufwendungen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder machen müssen. Damit ist Klipp und klar bewiesen, daß die Arbeitslosigkeit keine Ausnahmeerscheinung ist, sondern eine ständige Begleiterin unserer Wirtschaftsordnung. Je nach der Konjunktur des Wirtschaftslebens tritt sie stärker oder schwächer auf, aber vorhanden ist sie immer. Diese Erkenntnis muß notwendigerweise dazu führen, ständige Einrichtungen zu schaffen, die die Folgen der Arbeitslosigkeit auf das geringste Maß herabdrücken.

Daß die Arbeitslosigkeit ein Mißstand ist, und daß Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung getroffen werden müssen, darüber gibt es keinen Streit. Die verschiedensten Projekte tauchen aber auf, wenn das Problem der Arbeitslosenfürsorge in einer Gemeinberberatung, in den Landtagen oder im Reichstage zur Diskussion steht. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß es Leute gibt, die auf dem vorhinftütlichen Standpunkt stehen, jeder einzelne solle, wenn er arbeite und Geld verdiene, sparen, damit er für die Zeiten der Arbeitslosigkeit einen Notgroßen habe. Diese Leute vergessen ganz, daß es bei den Hungerlöhnen meist nicht möglich ist, etwas zu sparen. Zugegeben aber einmal, jeder Arbeiter könnte sparen und er sparte auch, was wäre dann die Folge hiervon? Doch sicherlich die, daß der Konsum im allgemeinen zurückginge. Man braucht nicht gerade tief in die Geheimnisse der Volkswirtschaftslehre einzudringen, so sehr und kann doch wissen, daß der Rückgang im Konsum auf die Produktion zurückwirkt. Es wird weniger produziert, es sind weniger Arbeiter zur Produktion nötig. Hieraus ergibt sich, daß das, was man vermeiden will, erst recht eintritt, nämlich die Arbeitslosigkeit. Der begonnene Kreis zieht sich aber noch weiter. Die Besitztümer des Sparens müssen im gegebenen Fall selber unter der von ihnen empfohlenen Sparsamkeit leiden. Da die Produktion sich verringern muß, erleidet der Fabrikant, der Unternehmer Schaden, indem er seine Anlagen nicht voll ausnützen kann; aber auch der Händler und der Kaufmann werden in Mitleidenschaft gezogen, ihr Abgang vermindert sich, sie verdienen weniger. Verluste erleidet auch der Kapitalist, denn die ausgelassenen Kapitalien bringen weniger Zins ein oder er kann verfügbares Kapital nicht nutzbringend anlegen. Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß das Sparen kein empfehlenswertes Mittel zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit ist, ganz abgesehen davon, daß der Lohn der meisten Arbeiter so gering ist, daß sie nicht sparen können. Welcher Weg führt nun aber zur Lösung des Problems?

Es gibt Menschen, die haben für alle Mängel und Schäden unseres Wirtschaftslebens ein Allheilmittel: die Selbsthilfe. Dieses Mittel empfehlen sie auch den Arbeiterorganisationen zur Vinderung der Folgen der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder. Sie seien dazu berufen, diese schwierige Frage zu lösen. Wenn nun auch diese Sache keineswegs so einfach ist, wie sie von den Vertretern der Selbsthilfe hingestellt wird, so blieb den Gewerkschaften und anderen Ar-

beitnehmerverbänden nichts anderes übrig (faute de mieux, zu deutsch: weil nichts Besseres vorhanden war), als sich an diese schwierige Frage heranzumachen. Von einer Lösung des Arbeitslosenproblems durch die Arbeitnehmerverbände kann aber schon deshalb keine Rede sein, weil die Lasten ganz einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abgewälzt würden. Die Arbeitnehmerorganisationen können zwar mithelfen an der Lösung des Arbeitslosenproblems, aber allein können sie es nie und nimmer lösen. Das, was sie heute leisten, ist ja im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit ganz respektabel; ihren arbeitslosen Mitgliedern können sie aber im Durchschnitt nur so viel gewähren, daß sie sich mit Ach und Krach über Wasser halten können. Die Selbsthilfe ist ungenügend, das ist das Fazit der Entwicklung. Diese Feststellung befriedigt uns aber keineswegs. Wir halten daher Umfahrungen, wer sonst etwas zugunsten der Arbeitslosen tun könne.

**Unternehmertagungen.**

**1. Der Zentralverband deutscher Kartonagenfabrikanten.**

Vom 17.—19. Juni fand in Eisenach die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Kartonagenfabrikanten statt, die wie alle diese Unternehmertagungen neue Waffen geschmiedet hat, um auch weiterhin jegliche selbständigen Regungen in der Arbeiterschaft der Kartonagenbranche zu erschweren, ganz so, wie es im Sinne der Führer dieses Unternehmerverbandes gelegen ist. In einer Art Vorkchau, entstammend der Feder des inzwischen zum Syndikus avancierten angestellten Beamten des Verbandes, wurde als Ziel des Verbandes die Hebung der Kartonagenindustrie und die Wiedererringung der nötigen Achtung, „die sie im Laufe der Jahrzehnte in ungreiflichem Lün sich beschert hat“, angegeben. Ein solches Ziel findet auch unsere vollste Billigung, aber es ist unreichlich, wenn man zur Arbeiterfrage eine solch ablehnende Stellung einnimmt, wie die Organisation der Kartonagenfabrikanten. Eine Hebung des Berufs ist nur möglich unter der tätigen Anteilnahme der Arbeiter. Solange in bezug auf die Arbeiterfrage in der Branche noch das nackte Faustrecht herrscht, solange in puncto Entlohnung noch böllige Anarchie obwaltet, solange alle die fleißigen Hände in der Branche noch so absolut nichtachtend behandelt werden, solange ist es unmöglich, daß stabile Verhältnisse in der Branche Platz greifen können und daß der Unternehmer nicht mehr zum Spielball der Launen der Kunden gemacht wird, um mit den eigenen Worten der Unternehmer zu reden. Hundertmal, tausendmal schon ist es von uns ausgesprochen worden, daß ohne feste, mindestens größere und zwar ausschlaggebende Teile des Unternehmerverbandes umfassende Lohnvereinbarungen gesunde Verhältnisse in der Kartonagenbranche nicht eintreten können. Anstatt das aber einzusehen, wird auch den einmal eingeschlagenen Pfaden weitergewandelt zum Sanktum derer, die den Kartonagenfabrikanten zum Spielball ihrer Launen machen. Und wenn, wie es in der erwähnten Vorkchau heißt, der Kartonagenfabrikant — selbst gegen seinen Willen — erst verdienen lernen soll, dann ist das eben auch nicht eher möglich, solange nicht geordnete Arbeiterverhältnisse in der Branche bestehen, die die umfangreichen Preisunterbietungen verhindern. Denn Preisdrückereien finden immer nur auf Kosten der Arbeitslöhne statt, und wo diese einheitlich tariflich geregelt sind, wird die Schmutzkurrenz — dieses Grundübel in der Kartonagenbranche — ausgeschaltet. Das sollten sich jene gesagt sein lassen, die eine Hebung des Berufes herbeiführen wollen ohne die Mithilfe der Arbeiterschaft.

Der Zentralverband der Kartonagenfabrikanten umfaßt gegenwärtig 10 Unterverbände mit 429 Mitgliedern, außerdem noch 15 Einzelmitglieder. Nach der Betriebszählung von 1907 zählen wir in Deutschland-jedoch 2882 Kartonagenbetriebe. Dabei ist zu beachten, daß seit der Betriebszählung bereits wieder vier Jahre ins Land gegangen sind, und daß darum die Zahl der Betriebe jedenfalls noch weiter ganz wesentlich gestiegen ist, während andererseits zu den Kartonagenbetrieben auch eine Anzahl Stuisfabriken gezählt sein mögen. Ueber die stattgefundenen Lohnbewegungen und Streiks sagt der Geschäftsbericht, daß solche im „Verbandsgebiete mehrere zu verzeichnen seien. Betroffen wurden Frankfurt a. M., Hannover, Bremen, Mannheim, München, Halle und

Mühausen. Ein ernstlicher Streik brach in Nürnberg aus. Er endete am 10. Januar nach siebenwöchiger Dauer mit dem Resultate einer bölligen Niederlage des Buchbinderverbandes, indem Verhandlungen über den eingereichten Lohnantrag abgelehnt und von 128 ausständigen Arbeitern und Arbeiterinnen 46 nicht wieder eingestellt wurden.“

Mit solchen „bölligen Niederlagen“, die der Arbeiterschaft eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit von 1½—2 Stunden pro Woche und Lohn erhöhungen von 1—3 M. pro Woche bringen, kann man sich allenfalls noch bescheiden und wir wollen auch aus diesem Grunde dem angestellten Beamten des Kartonagenfabrikantenverbandes den selbstgewundenen Lorbeer nicht entreißen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde über eine Aenderung in der Beitragszahlung beraten und beschlossen, eine Vorlage, die Staffeltarife vorzieht, in den Zweigvereinen zur Beratung zu stellen. Im Falle der Annahme sollen diese am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Ein Antrag von der weittragendsten Bedeutung wurde mit allseitig lebhaftem Beifall aufgenommen. Er will einen weiteren Ausbau des bereits bestehenden Kartellverhältnisses mit dem Verbands der Stuisfabrikanten. Der Vorliegende dieses Verbandes begründete denselben und es besteht die Absicht, mit den übrigen Unternehmerverbänden unseres Berufs weitgehende Vereinbarungen zu treffen und eine Zentralstelle für die kartellierten Verbände zu schaffen. Weiter sollen stärkere Maßnahmen bei Durchbrüchen von Materialsperrern über Schleuderfirmen getroffen werden. Der Vorstand des Verbandes wurde wiedergewählt und zwar als erster Vorsitzender Herr Drehfuß-Muggensturm, zweiter Vorsitzender Herr Kulik-Nürnberg, Kassierer Herr C. Oesterheld-Gotba und Beisitzer die Herren Weder-Warmen, Otto-Berlin, Ohlepp-Hannover, Bürdner-Dresden, Edert-Dachholz und Siebert-Wehe. Die gesamten Verhandlungen dauerten 3 Stunden, während die sich anschließenden Belustigungen usw. noch zwei Tage währten. Die Herren Unternehmer machen sich eben das Leben so angenehm wie möglich und nur den Arbeitern verwehren diese selben Unternehmer alle Bemühungen, ihre dürftige Lebenslage etwas zu bessern. Jeder Koalitionsversuch wird mit der Hungerpeitsche beantwortet.

**2. Der Verband der Stuisfabrikanten Deutschlands.**

„In den letzten Jahren hatte der Buchbinderverband das Hauptaugenmerk seiner Agitation auf die bisher noch unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Stuisbranche gerichtet. Er erreichte auch, daß er viele Stuisarbeiter in seinen Verband hineinbekam.“ Mit diesem Hinweis wird ein „Rückblick auf die Tätigkeit des Verbandes der Stuisfabrikanten Deutschlands“ begonnen, der zur Begrüßung der 6. Hauptversammlung dieses Verbandes in der „Kartonagenzeitung“ erschien. Sehen wir davon ab, daß es nicht ganz stimmt, daß unser Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Stuisarbeiter und Arbeiterinnen gerichtet gewesen ist; bekanntlich zählen die Stuisarbeiter seit jeher zu unseren bestorganisierten Branchen. Beachtenswert ist für uns das Eingeständnis, daß diese angeblich so außerordentlich rührige Agitation der erste und der hauptsächlichste zur Bildung des Unternehmerverbandes gewesen ist. Denn „die sofortige Erkenntnis dieser Gefahr erregte bei verschiedenen Hauptfirmen der Stuisbranche den Gedanken eines Zusammenschlusses“. Erst in zweiter Linie erschien der letztere auch geboten dadurch, daß in der Branche Wühlände hinsichtlich der Preisberechnung bestanden. So erfolgte am 27. Mai 1907 in Leipzig die Gründung des Verbandes, dem sich sofort 30 Firmen mit 776 Arbeitern angeschlossen. Innerhalb der nächsten Tage traten noch weitere 15 Firmen dem Verbands bei, der seine Mitglieder auf die Städte Berlin, Eisenberg, Leipzig, Wehe, Pforzheim, Eilenburg und Gnanau verteilt. Sein erstes Ziel war eine Lohnbewegung der Unternehmer: „Die Durchführung eines zehnprozentigen Preisaufschlages sowie die Erziehung eines Arbeitsnachweises und tatkräftige Unterstützung bestreifter Firmen“. Wenige Tage nach der Beschlußfassung über den Preisaufschlag erschienen in der Fachpresse Inserate, daß die Preise um 10 Proz. erhöht wurden und die Unternehmer hatten damit einen vollen Erfolg, denn „ohne besondere Schwierigkeiten“ ließen sich die Preis erhöhungen durchführen. Anstatt nun aber nach dem Grundsatze zu handeln:

„Leben und Leben lassen“ und auch den Arbeitern bei deren Lohnforderungen in entsprechender Weise entgegenzukommen, verhält man sich diesen gegenüber schroff ablehnend. — Ende 1907 gehörten dem Verbands 76 Firmen an, die mehr denn 2100 Personen beschäftigten. Zu gleicher Zeit trat der Verband dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände bei. Anfang Mai 1908 wurde die Errichtung einer Streikunterstützungskasse mit Rückversicherung bei der Kasse des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände beschlossen und Kartellverträge mit dem Verbands deutscher Buchbindermeister (1. Juli 1908), dem Zentralverbande deutscher Kartonagenfabrikanten (15. Mai 1908) und dem Arbeitgeberverband für das deutsche Buchbindergewerbe (23. August 1908) vereinbart. Die ungünstige Konjunktur des Jahres 1909 brachte einen Rückgang in der Mitgliederzahl auf 69, die 1869 Arbeiter beschäftigten. Im Jahre 1909 wurde der Entscheidungsfonds bei Arbeitseinstellungen das erste mal in Anspruch genommen und dabei der Fonds zur Hälfte aufgebraucht. Wie groß die verwendete Summe ist, wird nicht verraten. Auf der Eisenacher Generalversammlung im Juni des vorigen Jahres wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, so in bezug auf Verbesserungen des Arbeitsnachweises, den Zusammenhang der Streikunterstützungskasse mit denjenigen kleiner Verbände, das Injektionsverbot nach Arbeitskräften in Gewerkschaftsblättern (die Wirkung dieses „Bohrtotts“ ist aus den letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ besonders drastisch zu ersehen) und — was sonderbarerweise in dem oben angezogenen „Rückblick“ nicht gesagt ist, die absolute Ablehnung der Tarifverträge mit den Arbeitern.

Die diesjährige Generalversammlung des Verbandes der Stuisfabrikanten fand Ende Juni in Gnanau statt. Würden diese nicht so in die von außen hereingetragenen Scharfmacherideen berrannt und sich der ganz anders gearteten Verhältnisse im Stuisgewerbe bewußt sein, so würden sie nicht den Kartonagenfabrikanten blind Gefolgschaft leisten. Solange noch in der Kartonagenindustrie die Ausbeutung von halben Kindern im Alter von 13—16 Jahren so im Schwange ist, und ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zuschneider als „Vertrauensleute ihrer Chefs“ sich mit geringen Löhnen abgeben und im Gegensaß zu ihrer Berufsorganisation bringen lassen, mögen ja die Kleinen Vernegroße unter den Kartonagenfabrikanten sich als selbstherrliche „Herren im Hause“ ihren Arbeitern gegenüber aufspielen, obgleich sie ihrer Kundenschaft gegenüber vielfach mehr die Rolle von bemühtigen Zwischenmeistern einnehmen. Solange die Arbeiterschaft sich solches gefallen läßt, werden diese Mäuren ja auch wahrscheinlich anhalten; aber an dieser Selbstherrlichkeit nagt schon der Wurm, denn immer größer wird der Zustrom der Kartonagen zum Buchbinderverbände. Allein in den Jahren 1908 bis 1910 betrug der Zustuß nicht weniger als 40,3 Prozent gegenüber dem Stand von 1907. Damit melden sie aber auch zugleich ihre Menschenrechte an, die ein Mitbestimmungsrecht über die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebieterisch fordern.

Wie ganz anders aber steht es erst im Stuisgewerbe, wo die Zahl der männlichen Arbeiter die der weiblichen überwiegt und eine längere Tätigkeit im Berufe erst werthvolle Arbeitskräfte schafft, und diese schon lange in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ihre Interessenvertretung im Buchbinderverbände gesucht und gefunden haben. Hier nun noch von einer bölligen Ausschaltung der Arbeiterschaft träumen — im wahren Sinne des Wortes — zu wollen, ist ein Streich, den sich der Stuisfabrikantenverband auf seiner vorjährigen Tagung durch seine berückichtigte Tarifvereinigungsresolution hätte verkniefen sollen. Daß sie ihm nicht gut bekommen ist, dafür legen die verlustreichen Kämpfe in Rathenow und Eisenberg mit ihren Pyrrhusstegen Zeugnis ab. Vorsichtiger ist man daher auch schon im Unternehmerlager geworden; eine solche, die Arbeiterschaft brüskierende Resolution wie im Vorjahre hat man nicht wieder gefaßt. Die Spuren schreden! Möglich ist ja, daß das Fehlen des bekannten Unfriedensstifters, des Generalsekretärs der Berliner Metallindustriellen, Raffe, auch hierzu beigetragen hat, welcher in letzter Minute abgesehrieben und den von ihm angekündigten Vortrag über: „Entstehung und Ausbreitung der gelben Gewerkschaften und ihre Bedeutung für die Industrie“ daher nicht halten konnte. Auch die „Grenzgäste“, welche dort anwesend waren, werden wohl nicht alle in das Scharfmacherhorn eines Raffe ge-

stößen haben. Unter ihnen befanden sich nämlich vom Verband deutscher Buchbindereibesitzer die Herren Köllner-Leipzig und Koch-Stuttgart, und es wäre absurd, wenn dieselben Herren, welche am darauffolgenden 28. Juni, also einen Tag nach der Beendigung des Verbandstages der Stuisfabrikanten, in aller Form einen fünfjährigen Tarifvertrag mit dem Buchbinderverbande abschlossen, in Hanau sollten der grundsätzlichen Feindschaft gegen Tarifverträge das Wort geredet haben. Als sonstige Ehren Gäste waren noch anwesend vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände Herr Generalsekretär Dr. Grabenstedt, vom Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten die Herren Drehfus, Ritterbrandt und Woffe, vom Arbeiterschutzbund für das deutsche Buchbindergewerbe Herr Gosbuchbindermeister Richter und vom Verbande der Portefeuilles- und Lederwarenfabrikanten Herr Dr. Graf-Offenbach.

Werkwürdig, daß sich die Stuisfabrikanten auf ihren Tagungen die tonangebenden geistigen Kräfte aus anderen Berufen holen müssen. Mangelst es denn so in den eigenen Reihen daran? Diesmal war es Herr Dr. Grabenstedt, der einen Vortrag über den Ausbau der Arbeitgeberorganisationen hielt. Es lohnt sich, mit einigen Ausführungen auf denselben einzugehen. Herr Dr. Grabenstedt leitete seinen Vortrag durch eine ausführliche Schilderung der freien Gewerkschaften ein. Er schilderte dieselben als solche, welche in ganz vorzüglicher Weise sich den einschlägigen Verhältnissen angepaßte Zentralorganisationen geschaffen hätten, deren zusammenfassende Spitze die Generalkommission sei. Auf örtlicher Grundlage fänden die verschiedenen Gewerkschaften wiederum ihren Zusammenschluß in den Gewerkschaftskartellen, so daß ein fester organisatorischer Ring geschaffen sei, in dem alle Kräfte der modernen Arbeiterbewegung zur Entfaltung gebracht werden könnten. Daß ihm dabei elliptischer Unsinn unterlaufen ist, soll uns nicht stören, trotzdem es verwunderlich genug ist. Vollzieht sich doch die Tätigkeit unserer Gewerkschaften in so vollster Öffentlichkeit, daß derartig falsche Behauptungen, wie sie der Scharfmacherdoktor aufstellt, recht sonderbar anmuten. Nach diesem findet jedes Jahr ein Gewerkschaftskongreß statt, was bekanntlich nur auf alle drei Jahre zutrifft. Daß die Gewerkschaftskartelle die spezielle Aufgabe haben sollen, tüchtige Gewerkschaftsbeamte auszubilden, dürfte vielen unserer Mitglieder neu sein, und daß er die Verbände der Bildhauer, Wöttcher als im Holzarbeiterverbände aufgegeben bezeichnet, ist ebenfalls eine Behauptung, deren Unrichtigkeit ihm die allwöchentlich erscheinenden Organe dieser Verbände sagen sollten. Auch daß die Sattler und Portefeuilleer sich (Ende 1909) dem Verbande der Lederarbeiter angeschlossen haben, ist Unsinn. Wenn wir aber einen Ausspruch (nach dem stenographischen Bericht) unterzeichnen, dann den folgenden, mit dem er allerdings ins Schwarze traf. Er sagte: „... Zunächst sei bemerkt, daß auf Arbeitgeberseite bestehende Strömungen nach politischen Motiven, wie wir sie bei den Arbeitnehmern bemerkt haben, glücklicherweise nicht existieren.“ Ob wohl die christlichen Gewerkschaften die ihnen damit verbriefte Ohrfeige verstehen werden, ist eine andere Frage.

Dem Beispiele der Arbeiter müßten sich die Arbeitgeberorganisationen anschließen; sie müßten möglichst gleichartige Gebilde sein, weil sie ja zu dem Zwecke gegründet seien, um den „weitgehenden Forderungen“ der Arbeiterorganisationen entgegenzutreten und daher auch die Anpassung an die tatsächlichen Organisationsformen der Arbeiterorganisationen eine von selbst gegebene Notwendigkeit sei. Von einer besonderen schöpferischen Kraft sind diese Ausführungen des Herrn Grabenstedt gerade nicht getragen, denn letzten Endes laufen seine Empfehlungen auf eine Kopie der Arbeiterverbände hin, was allerdings für diese sehr schmeichelt ist, indem sie den führenden Kapitänen unserer Industrie damit sozusagen als Lehrmeister hingestellt werden.

In 4 etwas langatmigen Zeitfäßen faßte der Herr Doktor seine Ausführungen dahin zusammen, indem er den Arbeitgebern empfahl: Zusammenschluß aller Lokal- und Bezirksgruppen zu einer einzigen Berufszentralisation, Zusammenschluß der örtlichen Berufsverbände zu gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbänden, da durch diese das wünschenswerte Zusammengehen von Industrie und Handwerk gefördert werde. „Am letzten Ende muß der Zusammenschluß

aller Arbeitgeberorganisationen des Reiches zu einer gemeinsamen großen Zentrale angestrebt werden.“ Ferner empfahl er den Ausbau der Ausperrungsstatistik und die finanzielle Stärkung der Arbeitgeberverbände.

Nach dem Herrn Grabenstedt sollen die Interessen von Industrie, d. h. Scharfmacherischer Großindustrie, und Handwerk die gleichen sein. Das ist nicht wahr, wie auch die Handwerker und die leichte Industrie immer mehr erkennen. Begreiflich ist sein dringender Hinweis auf die finanzielle Stärkung der Arbeitgeberorganisationen und der Streikentschädigungsgesellschaften. Hat doch erst jüngst einer der besten Kenner der Arbeitgeberverbände, Dr. Gerhard Kessler, in den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ nachgewiesen, daß durch das Ausperrungsfieber der Unternehmerverbände ihre Streikentschädigungskassen fast radikal geleert sind. Die Rückversicherungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände verfügt demnach nur über einen Fonds, infolge aller Reserven, von 132 000 Mk. Das ist um so mehr ein schwacher Trost für den Verband der Stuisfabrikanten, der bei dieser Gesellschaft rückversichert ist, weil die großen Firmen den Löwenanteil der Streikentschädigungen schluden und die kleinen Schluder von Fabrikanten sich mit den Broden begnügen müssen, die von der Herren Kasse fallen. Es erhielten nämlich:

bis 1000 Mk. . . . .	89 Firmen
1000—5000 Mk. . . . .	26 "
5000—10000 Mk. . . . .	8 "
10000—25000 Mk. . . . .	6 "
25000—50000 Mk. . . . .	7 "
50000—75000 Mk. . . . .	4 "
über 90000 Mk. . . . .	1 Firma
" 100000 " . . . . .	1 "
" 150000 " . . . . .	2 Firmen

Ueber eine halbe Million erhielten also allein 4 Firmen. Gilt man damit die Tatsache zusammen, daß der Arbeitgeberverband in Hamburg im Vorjahre 190 000 angemeldete Entschädigungen nicht auszahlen konnte, weil kein Geld in der Kasse war, da erhält man ungefähr einen Begriff über die „kolossale“ Streikunterstützung, die dem Ortsverein Eisenberg des Stuisfabrikantenverbandes im Vorjahre ausgezahlt worden ist. Ob nicht die Hanauer und Berliner Fabrikanten, indem sie nicht dem von Herrn Kasse angeführten Ausperrungs- bzw. Streikfieber verfielen, besser bei ihrem friedlichen Vergleich weggekommen sind? Ob da den Stuisfabrikanten die Auflösung der eigenen Streikentschädigungskasse — es wird wohl nicht viel aufzulösen gegeben haben — und der Anschluß an die neugegründete „Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft“ viel nützen wird, ist recht zweifelhaft, da bisher erst 9 kleinere Verbände derselben angehören, und zwar die gemischten Verbände von Nordenham und Rathenow, die Zentralverbände der Schlossereien, der Wagenbau-, Posamenten-, Stuis-, Maschinstrumentenindustrie und die Berliner Ortsverbände der Schilderfabrikanten und Metallbildhauer.

Der nachdem vorgelegte Geschäftsbericht bezeichnete das Geschäft in der Stuisindustrie infolge der Ueberproduktion als ungünstig. Die Regelung der Preisfrage, die zu guten Hoffnungen berechtigte, hat sich als äußerst wunder Punkt herausgestellt, und der Bericht stellte es der Versammlung anheim, diese Frage aus dem Verbandsprogramm herauszunehmen. Der Bericht geht sodann über die im Vorjahre stattgefundenen Lohnbewegungen mit der kurzen Mitteilung hinweg, wo sie stattgefunden haben. Diese ungewisselhaft wichtigste Sache der ganzen Verhandlungen wird im Bericht mit sechs Zeilen abgetan. Nachdem die Satzungen des Verbandes zwecks Anpassung an die der deutschen Streikentschädigungsgesellschaft geändert worden waren, erfolgte die Wahl der Herren Gottschald-Leipzig, Schneider-Eisenberg, Marckwardt-Lebe, Kösch-Worzhheim und Nasse-Berlin als Abgeordnete in diese Streikentschädigungsgesellschaft. In der Montagsitzung wurde die Erweiterung des Kartellvertrages mit den Verbänden der verwandten Branchen gutgeheißen und dem Vorstehenden Vollmacht erteilt, einen solchen Vertrag abzuschließen. Am in Zollfragen eine bessere Berücksichtigung zu erzielen, wurde ein Zollauschuß gebildet, der auch die Handelskammer mit den Bedürfnissen der Stuisindustrie bekanntmachen soll. Die Preisfrage wurde eingehend behandelt, und in nächster Zeit sollen Mindestpreise für Bestdetuis festgelegt werden, denen dann solche für Schmudetuis folgen.

Die feitherige Leitung des Verbandes wurde wieder-gewählt.

Somit wäre weiter nichts Wichtiges von der Tagung der Stuisfabrikanten zu berichten. Nur die „Kartonnagen-Zeitung“ muß aufs neue ihren unfeinen Mut aufrechterhalten, das ordinärste Blatt unseres Gewerbes zu sein. In ihr versucht es wieder einmal ein Subelzige im Gewande feiger Anonymität, seinem Haße gegen die Arbeiterbewegung dadurch Ausdruck zu geben, daß er Ausführungen der „Buchbinderzeitung“ offensichtlich fälscht und die Arbeitgeber auffordert, in seiner eigenen feigen Manier, zu geschwätzigen schwarzen Listen zu greifen, wodurch die Arbeiter unter „Schnellfeuer“ genommen werden sollen, um ihnen den „letzten Rest von Ruhe“ zu rauben. Wsui Teufel über solche gemeinen Seelen. Und solche Wurschen wundern sich dann noch, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr und mehr Schutz in der Organisation, im Deutschen Buchbinderverbände suchen. Sie erweisen sich somit als einen Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

### Die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe.

Es ist den Arbeiterfeinden, besonders den industriellen Scharfmachern die Tatsache unerträglich, daß die Gewerkschaften an Macht und Einfluß ständig gewinnen. Denn alle ihre Bemühungen und Unterdrückungsversuche stellen sich so als verfehlt heraus und nur schwer können sie sich mit dem Gedanken abfinden, daß die großartige Entwicklung der Gewerkschaften nicht aufgehalten werden kann, und daß selbst die schweren Wirtschaftskrisen nicht dazu angetan sind, die Erfolge und Errungenschaften der Gewerkschaften zu zerstören.

Deshalb richten die Arbeiterfeinde ihr Hauptaugenmerk auf den Ausbau ihrer Organisationen und die Verstärkung ihres Einflusses. Ganz besonders ist es ihnen um die Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen und der sozialen Gesetzgebung zu tun und in der Verfolgung dieses Zieles ist ihnen jedes Mittel recht. Zu Wahlzeiten torumpieren sie mit ihren reichlich fließenden Geldern die bürgerlichen Parteien und bringen in die einflussreichen Stellen ihre Vertreter, verheizen weite Volkstreffen und die Regierung gegen die Arbeiterbewegung, der sie den gewaltsamen Umsturz anhängen; der sie nachsagen, daß sie ganz unberechtigte und unerfüllbare Forderungen nur zu dem Zweck erheben, ihre Macht zu erproben und die kapitalistische Produktion unrentabel und unmöglich zu machen. Selbstverständlich sind auch die geringsten und von der Regierung diktierten gewerkschaftlichen Forderungen für sie unerfüllbar und unberechtigt, gegen die sie alle Mittel spielen lassen. Dabei passiert es denn nun oftmals, daß sie in ihrem Uebereifer zu unfreiwilliger Anerkennung der Berechtigung der Arbeiterforderungen kommen. So heißt es in einem kürzlich von der „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ versandten Schreiben (s. Nr. 20 der „B.-Z.“) unter anderem:

„Angesichts der wachsenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter (Jahres-einnahme Ende 1909: über 50½ Millionen Mark, Vermögensbestand 43¼ Millionen Mark) und ihrer großen Aufwendungen für Streik- und Gemahregelnunterstützungen (1905 bis 1909 mehr als 53 Millionen Mark) ist für die Industriellen außer der Organisation in Arbeitgeberverbänden der Anschluß an eine Streikentschädigungsgesellschaft eine dringende Notwendigkeit.“

Die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte allgemeine Verteuerung des Lebensunterhalts läßt bei Fortdauer der steigenden Konjunktur für das kommende Jahr so mächtige Lohnbewegungen und so zahlreiche Arbeitseinstellungen erwarten, wie wir sie in dieser Ausdehnung und Heftigkeit im Deutschen Reich noch nicht gesehen haben. Um übertriebene Forderungen der Arbeiter beschränken oder zurückweisen und es im Notfall auf die äußersten sozialen Kampfmittel — Streik und Ausperrung — antommen lassen zu können, kann der Anschluß an unsere Gesellschaft jedem industriellen Arbeitgeber nicht dringend genug empfohlen werden.“

In diesem für die Unternehmer bestimmten Schreiben wird also angegeben, daß die kommenden Lohnforderungen und Arbeitskämpfe keine Machtproben der Gewerkschaften sind, sondern als ganz unerwünschte Folgen der durch die Zoll- und Steuerpolitik herbeigeführten Verteuerung eintreten müssen. Zugleich wird damit die Schuld der kapitalistischen Klassen an der Verteuerung des Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und an der zunehmenden Beunruhigung der Industrie zu gegeben. Damit wird aber auch die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften für die arbeitenden

Klassen ausgesprochen; denn vor den Gewerkschaften ist dem profitgierigen Unternehmertum bange, deshalb organisiert es sich, um die von ihm selbst verschuldeten gewerkschaftlichen Forderungen abzuwehren. Welch treffende Charakterisierung der unvernünftigen und unsinnigen kapitalistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung! Es ist deshalb auch eine unverantwortliche und bodenlose Feindschaft, wenn von den Arbeiterfeinden die Arbeiterforderungen als unverschämte und unberechtigt ausgegeben werden.

Die Arbeiterforderungen sind nur zu berechtigt und haben sich in so bescheidenen Grenzen bewegt, daß durch ihre Erfüllung oft nicht einmal die Leerung ausgeglichen, geschweige denn die Aufrechterhaltung der Betriebe unmöglich gemacht wurde. Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften mit ihren Forderungen Streiks und Ausperrungen provozieren. Die Forderungen sind berechtigt und erfüllbar, das hat sich nach allen Arbeitskämpfen noch herausgestellt. Wenn die Streiks und Ausperrungen sich mehren, so ist das der grenzenlosen Profitgier und dem bornierten Herrenstandpunkt des Unternehmertums zuzuschreiben. Unberechtigte Arbeiterforderungen existieren nur in der Phantasie der Arbeiterfeinde.

Erfreulicherweise sehen sich die erstarkenden Gewerkschaften immer mehr in die Lage versetzt, die Arbeiterforderungen zur Geltung und Durchführung zu bringen. Das haben auch ihre schlimmsten Feinde einsehen müssen, weshalb sie so sehr auf den weiteren Ausbau ihrer Organisationen bedacht sind. Das hat auch einer der tätigen und einflussreichsten Wortführer des Scharfmachertums, der ehemalige Generalsekretär des Zentralverbands der Industriellen Buech, rückhaltlos ausgesprochen. In seiner Abschiedsrede vom Dezember 1910 heißt es: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeitgebergesellschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr.“

Die Stellungnahme des Unternehmertums gegenüber den Arbeiterforderungen wird lediglich durch Profitgier und Machtgelüste beeinflusst. Unternehmen es die Arbeiter, Forderungen zu erheben und diesen wirksamen Nachdruck durch die Gewerkschaften zu verleihen, so erblicken die Unternehmer darin einen unberechtigten Eingriff in ihr Eigentum und ihre autoritären Rechte. Ergibt es sich einmal, daß bei ihrem ablehnenden Verhalten die unbegrenzte Profitgier zu sehr in die Erscheinung tritt, so daß zu befürchten ist, die öffentliche Meinung könnte sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter schlagen, dann soll wieder die Autorität der Unternehmer gefährdet sein.

Um Einwände gegen die Arbeiterforderungen sind die Unternehmer nie verlegen gewesen, aber nach allen für die Arbeiterschaft erfolgreich beendeten Arbeitskämpfen stellen sich denn auch die ablehnenden Gründe des Unternehmertums als Scheingründe und faule Ausreden heraus.

Bei den Schiedsgerichtsverhandlungen infolge der großen Bauarbeiterausperrung erkannten selbst die vermittelnden Regierungsvertreter die Berechtigung der Arbeiterforderungen an. Nicht anders lagen die Dinge bei dem großen Kampf in der Schiffbauindustrie. In beiden Fällen hat es den Unternehmern nichts genützt, daß sie zum Gewaltmittel, der Ausperrung griffen. Profitgier und Herrenmententum konnten sich gegenüber den gerechten Forderungen der Arbeiter nicht behaupten. Neuerdings erlitt das Machtgelüste des profitgierigen Unternehmertums abermals einen schmachvollen Zusammenbruch anlässlich des Kampfes der Chemiker, Formier- und Gießereiarbeiter. Daß auch hier wieder die gewerkschaftlichen Forderungen berechtigt waren, mußte wiederum selbst von der bürgerlichen Seite zugegeben werden. Die Scharfmacher in den Unternehmerverbänden, die es mit ihrem Herrenstandpunkt unvereinbar halten, Arbeiterforderungen entgegenzunehmen und mit den Arbeitervertretern darüber zu verhandeln, wollen immer erst eines besseren belehrt werden, und dafür sorgen denn auch gründlich die Gewerkschaften. Deshalb will ja auch das vereinte Unternehmertum mit allen Kräften an der Vernichtung der Gewerkschaften arbeiten. Denn daß die Gewerkschaften nicht ablassen, für ihre berechtigten Forderungen und Kämpfe unermüdlich immer neue Kräfte zu sammeln und zu organisieren, das wissen die industriellen Scharfmacher nur zu gut. Sie wissen auch, daß die Gewerkschaften sich daran nicht durch die mächtigen Unternehmerorganisation hindern lassen, denn sie kennen so gut wie die Gewerkschaften die unsoziale Lage der arbeitenden Klassen, die den gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen die Berechtigung geben. Die Arbeit der Scharfmacher ist nur ein ganz besonderer Kuppeln mehr für die Gewerkschaften, sich immer energischer zu rüsten.

## Aus unserem Beruf.

### Der neue Dreifädeltarif ist erschienen.

Nach langer mühseliger Arbeit der beiderseitigen Vertreter ist der zwischen unsrerem und dem Verbande Deutscher Buchbindereibesitzer vereinbarte Dreifädeltarif — vielfach auch Leipziger Tarif genannt — vollendet und im Druck erschienen. Er hat eine fast vollständige Umarbeitung erfahren, und ist es daher im dringendsten Interesse der Kollegen und Kolleginnen gelegen, sich den neuen Tarif anzuschaffen, da der alte durchaus nicht mehr zu verwenden ist.

Es würde eine übel angebrachte Sparsamkeit sein, wollte man die verhältnismäßig geringen Anschaffungskosten scheuen. Den Schaden, den man durch unrichtige Berechnungen auf Grundlage des alten Tarifs sich und anderen zufügen könnte, kann das Hundertfache dessen übertreffen, was der Anschaffungspreis ausmacht. Der Preis ist sehr niedrig für Verbandsmitglieder gestellt; er beträgt 1 Mark (inklusive Porto), 80 Pf. (ohne Porto), für Nichtmitglieder hingegen 3,20 bzw. 3 Mark.

Für Mädchenarbeiten haben wir wiederum einen besonderen Auszug aus dem Tarife — Mädchen-tarif — anfertigen lassen, wofür der Preis für Mitglieder auf 50 Pf. (inklusive Porto) und für Nichtmitglieder auf 1,10 Mark (inklusive Porto) festgesetzt ist; ohne Porto um 10 Pf. weniger.

Wo mehrere Mitglieder vorhanden sind, die die Tarife haben wollen, empfiehlt sich der Partienbezug der Portoverpachtung wegen.

Die Tarife können vom Verbandsvorstand gegen Einzahlung der Beträge bezogen werden, den Zahlstellen werden sie auf Wunsch in Rechnung gestellt.

Im Interesse der Mitglieder und der Einführung des Tarifs — das sei nochmals gesagt — erwarten wir recht zahlreiche Bestellungen.

### Der Geschäftsgang in den Leipziger Buchbindereien.

In seinem vierteljährlichen Ueberblick über „Leipzig und sein graphisches Gewerbe“ schreiben die „Leipziger Neueste Nachrichten“ in bezug auf das 2. Vierteljahr:

„In den Leipziger Buchbindereien hat der Geschäftsgang ganz befriedigt. Die Fabrication von Albumbeden liegt zwar mangels Absatzes ganz darnieder; auch der Export hat darin fast aufgehört; aber in Buchenbänden und Broschüren haben der Buchhandel und noch mehr die Industrie im letzten Vierteljahre dauernd lohnende Aufträge erteilt. Von stauer Zeit ist noch nichts zu merken. Allerdings läßt die Arbeit für Verleger gegen frühere Jahre immer mehr nach, weil sie zum Teil an die Buchbindereien der Provinz geht. Diese sind den hiesigen Buchbindereien gegenüber insofern im Vorteil, als sie nicht an den Preistarif gebunden sind, der nur für die drei Städte Leipzig, Stuttgart und Berlin Geltung hat. Es ist zu bedauern, daß die anderen großen Städte und die Provinz bei dem Tarif ausgeschlossen sind, und es würde nur im Interesse der Gehilfen selbst liegen, wenn der Tarif für ganz Deutschland einheitlich durchgeführt würde. Augenblicklich wird das Verhältnis für Leipzig immer ungünstiger, und wenn die Firmen, die wir deshalb befragten, recht haben, so wird in 5 bis 10 Jahren der Buchhandel seine Buchbinderarbeiten wohl nur noch außerhalb Leipzigs bestellen, und die hiesige Gehilfenschaft würde in schwieriger Lage sein, weil die Löhne in der Provinz niedriger sind als hier.“

Der Verfasser dieser Notiz hat da Behauptungen aufgestellt, die er nicht beantworten kann. Wir haben heute schon Provinzstädte, in denen der Minimallohn höher ist als in Leipzig und auch gegenüber den beiden anderen mit am Dreifädeltarif beteiligten Orten, Berlin und Stuttgart, ist Leipzig infolge der jetzt erst offiziell vereinbarten — allerdings wesentlich eingeschränkten — Sonderbestimmungen in bezug auf die Frauenarbeit so günstig gestellt, daß die obige Notiz auf den Einzelheiten als purer Unsinn wirken muß. Mag sein, daß sich der Urheber der Notiz dessen bewußt war und darum mag er seiner Weisheit das Nachdruckverbot angefügt haben, damit man seinen Kohn unkritisiert läßt.

### Die Regierung und die Buchbinder.

Ein eigentümlicher Konflikt besteht zurzeit zwischen der weimariischen Regierung und den Buchbindern des weimariischen Landes. Das Volksschul-Lesebuch, II. Abteilung, ist seit Ostern in einer neuen, etwas vermehrten Ausgabe im Gebrauch; um aber den Preis des Buches zu verbilligen, hat die Regierung mit der Verlagsfirma ein Abkommen dahin getroffen, daß diese die Exemplare gleich in größeren Massen gebunden herstellt und so an die Verkaufsstellen abgibt, außerdem aber auch das Mittelblatt jedes Exemplars mit dem gedruckten Vermerk „Preis 90 Pfg.“ verfährt. Siernach darf also das von der Verlagsfirma fertig mit Einband ge-

liefernte Buch in den Verkaufsstellen, d. h. hauptsächlich in den Buchbindergegeschäften, nicht höher als für 90 Pfg. verkauft werden, während früher, als die Buchbinder selbst die von ihnen in Vertrieb genommenen Exemplare einbanden, das Buch auf 1 Mark bis 1 Mark 10 Pfg. zu stehen kam. Nun aber haben die Buchbinder auch jetzt noch die Möglichkeit, das Lesebuch von der Verlagsfirma im Rohzustand, also ungebunden, zu beziehen, und viele tun dies auch, um, da sie an dem bloßen Vertrieb so gut wie nichts verdienen, wenigstens durch ihre Arbeit, das Einbinden, einen kleinen Verdienst zu haben. Zahlreiche Eltern von Schulkindern kaufen auch viel lieber, trotz des etwas höheren Preises, die von den einzelnen Buchbindermeistern eingegebenen Exemplare, als die von der Verlagsfirma oder deren beauftragten Massenfabrikation hergestellten, denn jene sind haltbarer und dauerhafter als diese, also trotz des höheren Preises immerhin noch erheblich billiger. Dem amtlichen Aufdruck „Preis 90 Pfg.“ gegenüber haben sich nun vielfach diejenigen Buchbinder, die selbstgebundene Lesebücher verkaufen, dadurch geholfen, daß sie den Aufdruck überkleben. Insbesondere ist dies z. B. in Eisenach geschehen. Man glaubte so ohne jeden Anstand für das besser gebundene Buch auch den höheren Preis verlangen zu können. Die Regierung rügte aber dieses Verfahren, und als dann hierauf geantwortet wurde, daß man Anregung und Zustimmung dazu aus Lehrerkreisen erhalten habe, wollte die Regierung die betreffenden Lehrer wissen. Diese Forderung wurde indessen abgelehnt mit der Begründung, daß man etwaige Unannehmlichkeiten für die Lehrer vermeiden wolle. Andererseits hatte die Regierung aber auch die Absicht durchblicken lassen, für den Fall, daß das Verfahren fortgesetzt, überhaupt das Buch auch ferner zu einem höheren Preis als 90 Pfg. verkauft würde, eigene Vertriebsstellen dafür errichten zu wollen. Und mit dieser Aussicht müssen nun die Buchbinder rechnen. Ob sie sich dieser Zwangslage, die dadurch für sie geschaffen ist, unterwerfen, bleibt noch abzuwarten, vorläufig halten auch die Buchbinder die Drohung der Regierung nicht für ernstlich, weil nicht gut ausführbar. Sollte aber die Regierung wirklich zur Ausführung schreiben, so besteht vorwiegend die Meinung, ein Geschäft, bei dem der Buchbinder ohne seine eigene Arbeit nichts, oder mindestens, wie gesagt, so gut wie nichts verdienen kann, ruhig der Regierung zu überlassen. Diese Gelegenheit bildete übrigens einen der Punkte, die jüngst auf dem Verbandstag der Thüringer Buchbinder in Jena erörtert worden sind. Dort ist auch die Ansicht ausgesprochen worden, die Regierung sollte lieber mit aller Energie z. B. auf die Herabsetzung der Fleischpreise hinarbeiten, die noch immer trotz der bekannten „Konferenzen“ und der Einfuhrverbote mit fremdem Fleisch ganz unverhältnismäßig hoch sind, statt Geschäftsleute vor den Verlust eines selbst im besten Fall noch sehr kleinen Verdienstes für ihre Bemühung zu stellen.

### Uebungskursus für Buchbinder.

In der Zeit vom 21. August bis zum 2. September soll in Straßburg in Elsaß ein Uebungskursus für Buchbinder stattfinden, zu dem in Elsaß-Lehringen ansässige Selbstständige als auch ältere Gehilfen zugelassen sein sollen. Die Teilnehmerzahl ist auf 12 beschränkt. Unbemittelten Teilnehmern kann zur Bestreitung der Kosten der Reise und des Aufenthalts in Straßburg eine Beihilfe aus Landesmitteln gewährt werden. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind zugleich mit den Anmeldungen bis zum 5. August ds. Jz. an den Vorstand der zuständigen Innung oder des Gewerbe- und Handwerkervereins einzureichen. Anmeldeformulare sind bei dieser zu haben.

## Internationales.

**Belgien.** Der Exsekretär der Brüsseler Buchbinderorganisation, Maurice Coster, welcher vor ungefähr zwei Monaten zirka 4500 Fr. unterschlug und damit durchging, ist jetzt mit 37 Centimes in der Tasche nach Brüssel zurückgekehrt und dort sofort festgenommen worden. Der niederträchtige Dieb hat also in einem ausserordentlich kurzen Zeitraum über 4000 Fr. vergeudet. Schmach und Schande über den Ehrlosen, der die mühsam zusammengesparten Groschen seiner Kollegen und Kolleginnen in so vertrauensbrüchiger Weise durchbrachte. Das Geld sollte hauptsächlich dazu dienen, um zukünftige Kämpfe mit Nachdruck führen zu können.

Der Vorstand des belgischen Bruderverbandes ersucht uns, den anderen Verbänden von der vorstehenden Nachricht Kenntnis zu geben, was hiermit geschehen ist. Wir bitten die Bruderverbände, in ihre Verbandsorgane die vorstehende Notiz übernehmen zu wollen.

**Von den Kämpfen in Skandinavien.** Die Aussperrung im schwedischen Baugewerbe hat bisher nicht den Umfang erreicht, den die Unternehmer beabsichtigt hatten; es sind bisher nur rund 8000 Arbeiter gezählt worden, die sich als ausgesperrt bei den Arbeiterorganisationen gemeldet haben. In der letzten Woche haben die Unternehmer beschlossen, den Unorganisierten die Arbeitsaufnahme zu gestatten, sofern sie eine Erklärung unterschreiben, wonach sie auf Treu und Glauben sich verpflichten, keiner Organisation anzugehören und keine Aussperrten zu unterstützen. Die Unternehmerzentrale hat es jedoch nicht gewagt, ihren Mitgliedern allgemein diesen Beschluss aufzuzuklären, sondern sie hat es ihren einzelnen Bezirksverbänden überlassen, eventuell nach diesem Beschluss zu verfahren. Die Arbeiterorganisationen haben auf diesen Beschluss mit der Sperre sämtlicher organisierten Arbeitgeber geantwortet.

Von der norwegischen Aussperrung sind bisher zirka 32 000 Arbeiter betroffen worden; weiter haben sich 5000 Unorganisierte den Aussperrten angeschlossen, so dass zuzüglich der 3000 streikenden Bergarbeiter die Gesamtzahl der am Kampfe beteiligten Arbeiter rund 40 000 beträgt.

Die Unternehmer haben mit ihrer Taktik diesmal anscheinend das gesamte Bürgertum gegen sich aufgerufen; mehrere Kommunen haben beschlossen, grössere Beträge zur Unterstützung der innerhalb ihres Bereichs ausgesperrten Arbeiter auszuwerfen, und selbst die von einer konservativen bürgerlichen Majorität geleitete Hauptstadt Kristiania hat beschlossen, die grossen städtischen Parks für die Aussperrten zur Verfügung zu stellen und dort Konzerte zu veranstalten, deren Erträgnisse zur Unterstützung der Aussperrten verwendet werden sollen. Ausserdem erweist die Landbevölkerung den Aussperrten die allergrösste Solidarität. Die Frauen kommen nach den Städten mit ganzen Wagenladungen Lebensmittel, die sie umsonst den Arbeiterorganisationen für die ausgesperrten Mitglieder zur Verfügung stellen. Eine sehr grosse Zahl von Aussperrten haben während der Erntezeit jetzt Arbeit auf den Bauerngütern gefunden, so dass dadurch die Zahl der zu Unterstützenden erheblich reduziert worden ist.

**Korrespondenzen.**

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach Zürich (Schweiz), Freiburg (Schweiz) und Lemberg (Galizien), Buchbinder und Linierer vor Annahme von Arbeit nach Hannover und Etuisarbeiter vor Arbeitsannahme nach Genf (Schweiz) bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen. In der Schweiz sind nach wie vor gesperrt die Firmen A. B. Heine in Arbon und „Selbmühle“ in Korschach.

**Berlin.** Eine überaus stark besuchte Versammlung der in Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Montag, den 24. d. M., in den Arminienhallen statt, um Kenntnis zu nehmen von dem Resultat der mit den Buchdruckereibesitzern gepflogenen Verhandlungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen in obigen Betrieben.

Kollege Wienide, als Obmann der Tariffkommission, bringt in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß es vor allem als erfreulich zu bezeichnen sei, daß es nach Abschluß des Allgemeinen Tarifes auch gelungen ist, mit den Unternehmern der Buchdruckereien einen festen Tarifvertrag abzuschließen. Dieser galt es wohl in der öffentlichen Meinung, daß die Verhältnisse in den Druckereibetrieben besonders rosig seien, doch habe die Praxis ergeben, daß wohl in den einzelnen Großbetrieben geordnete Verhältnisse, wie bessere Bezahlung, in Frage kommen, doch in dem Gros, namentlich in den vielen Kleinbetrieben, habe man mit sehr vielen Schwierigkeiten in der Lohn- sowie Arbeitszeitfrage zu kämpfen. Der jetzt abgeschlossene Vertrag enthält mit dem 21. Juli seine Gültigkeit und gilt bis zum Ablauf des neu abzuschließenden Tarifvertrages der Buchdrucker, jedoch nicht länger als bis zum 31. Dezember 1916. Die Arbeitszeit ist der der Buchdrucker in den jeweiligen Betrieben anzupassen. In der Lohnfrage ist es gelungen, für die Allgemeinheit bedeutend höhere Löhne als in dem abgeschlossenen Dreistädtearif zu erzielen. Demnach erhalten Kollegen nach 6 jähriger Berufstätigkeit sofort 30,50 M., ab 1. Oktober 1913 31,50 M., nach 5 jähriger Tätigkeit 24,60 bzw. 25,60 M., nach 4 Jahren 23,00 bzw. 24,00 M. Für Spezialarbeiter: Beschneider, Presser, Marxmolvierer

kommt ein Minimallohn von 32,00 bzw. 33,00 M. in Frage. Arbeiterinnen erhalten nach einem Jahr 19,00 M., Spezialarbeiterinnen, wie Goldaufträgerinnen, Gesterinnen, Maschinenfegerinnen, 21,00 bzw. 21,50 M. Auch für Bronziererinnen ist ein Vorteil erzielt, selbige erhalten für die Dauer diesbezüglicher Arbeit einen Lohnaufschlag von 1 M. Für Ueberstunden erhalten die Arbeiterinnen einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde. Weiter ist der § 616 des B.G.B. mit aufgenommen worden, wonach Abzüge bei Erfüllung staatlicher und ähnlicher Pflichten nicht statthaft sind. Was bei den Buchbindern in Leipzig nicht möglich war, ist hier zur Wirksamkeit gekommen in Bezug auf unseren Arbeitsnachweis. Die Prinzipale werden sich bei der Befehung des Kuratoriums beteiligen und ihren Mitgliedern die Benutzung desselben empfehlen. Akkordarbeiten sind nach dem allgemeinen Tarif zu berechnen. Gehilfen an der Dedens- sowie Fertigmachmaschine, ebenso geübte Schnellpresser erhalten einen Minimallohn von 37,50 M. Das wären so die wesentlichsten Bestimmungen. Wienide empfiehlt den Vertrag zur Annahme, der auch gedruckt auf dem Ortsbureau zu haben sein wird. In der sich an den Bericht anschließenden recht lebhaften Debatte mußten wohl alle Redner zugeben, daß teilweise Verbesserungen eintreten, die aber den heutigen teuren Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. In seinem Schlußwort führt Wienide noch an, daß auch ihn die Errungenschaften nicht befriedigen, doch was hier ohne Kampf erzielt wurde, sollte mehr gewürdigt werden. Es bei Tarifverhandlungen einem jeden Mitgliede recht zu machen, sei wohl ein Urding. Ist nicht viel erzielt, so sind die Abmachungen doch derart, daß sie akzeptiert werden können, und ersucht er im allgemeinen Interesse um die Annahme des Vertrages, welchem auch bei der sich anschließenden Abstimmung entsprochen wird.

**Potsdam-Nowawes.** Unsere am 15. Juli abgehaltene Generalversammlung war gut besucht, während man dasselbe von den übrigen Versammlungen im zweiten Quartal nicht behaupten konnte. Jeder denkt immer noch verschiedene Mitglieder, namentlich weibliche, daß sie nur zur Zeit der Lohnbewegung in die Versammlungen zu kommen brauchen, im übrigen aber mit dem Beitragszahlen ihre Pflichten getan haben. Daß wir aber auch während einer Tarifdauer zusammenhalten müssen, wenn der Tarif nicht ein bloßes Stück Papier sein soll, belehrt uns öfters das Verhalten einiger Arbeitgeber. Ist doch mehrmals versucht worden, die tariflichen Abmachungen nicht einzuhalten, wenn es auch in solchen Fällen der Ortsverwaltung stets gelang, tarifliche Zustände wieder herzustellen. Leider muß gesagt werden, daß unsere Mitglieder zum Teil oftmals mißsüchtig sind, indem tarifliche Verstöße nicht zur Kenntnis der Verwaltung gelangen. Das Verbandsleben selbst spielte sich im verflochtenen Quartal in 3 Mitgliederversammlungen und 3 Werkstübensitzungen ab, während der Vorstand 2 Sitzungen abhielt. Die Mitgliederzahl ist um 3 zurückgegangen, was auf die schlechten Zeiten im Sommer, namentlich in den Buchdruckereien, zurückzuführen ist. Die neugewählte Agitationskommission hat ihre Arbeiten aufgenommen und hoffen wir, im neuen Quartal weiter vorwärts zu kommen.

**Augsburg.** Am 15. Juni d. J. traten die Kolleginnen und Kollegen der Firmen A. A. Aubele (Znhaber: Gebr. Haug), Rutenfabrik, und Gebr. Reichel, Hofbuchdruckerei, in eine Lohnbewegung ein, die nach zweimaligem Verhandeln mit unserem Gauleiter Kollegen Faust-München zur Zufriedenheit unserer dort beschäftigten Mitglieder auf friedlichem Wege ihren Abschluß fand. Dank des tatkräftigen Zusammenhaltens der Kollegen und Kolleginnen, hauptsächlich der Kolleginnen der Firma Aubele, die eine harte Feuerprobe zu bestehen hatten, andererseits aber auch dank dem Entgegenkommen der obengenannten Firmen, haben wir folgende Errungenschaften zu verzeichnen. Bei der Firma Aubele, wo nur weibliche, sogar jugendliche Arbeiterinnen im Akkord beschäftigt sind, mußten wir des gemischten Betriebes halber auf Verkürzung der Arbeitszeit verzichten, hingegen wurden die Akkordpreise um 15 bis 20 Pf. pro 100 erhöht, im Durchschnitt gerechnet um 1,50—2 M. pro Woche. Einstweilen konnte hier nicht mehr erreicht werden, weil die Firmeninhaber, insbesondere Herr C. Haug, nur mit seinem Personal verhandeln wollte und sehr wenig soziales Verständnis zeigte. Jedoch hat die Firma die Organisation anerkannt, und wir sind, da die Zugeständnisse ohne Fristbestimmung gemacht sind, einstweilen zufrieden. Jedensfalls wird Herr Haug unserer späteren Forderung mehr Sympathie entgegenbringen. Auch er wird zu der Einsicht kommen, daß ein aufgeklärtes Personal einem modernen Betriebe, wie es hier der Fall ist, nur von Nutzen sein kann.

Anderer ist der Fall bei der Firma Reichel gelagert. Hier gilt die Organisation als selbstverständlich und konnte demnach auch ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der sofort in Kraft getreten ist und

seine Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1912 behält. Die Arbeitszeit ist wie in den übrigen Betrieben eine neunstündige. Buchbinder erhalten 22—25 M. die Woche, Hilfsarbeiter 18 M. sowie Urlaub nach fünf Jahren drei Tage. Arbeiterinnen erhalten einen Anfangslohn von 9,50 M. mit vierteljährlicher Steigerung bis zu 11 M. nach einem Jahre. Geübte Arbeiterinnen erhalten 12 M. Ab 1. Juni 1912 erhalten letztere 50 Pf. sowie die Buchbinder 1 M. mehr. Feiertage werden mitbezahlt. Ueberstunden werden mit 83% und 50 Proz. bezahlt. Bronziererinnen erhalten einen Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde. Sämtliche Kolleginnen und Kollegen sind sich einig, daß nur mit Hilfe der Organisation derartige Erfolge erreicht wurde, und sie werden keine Mühe scheuen, die Agitation für unseren Verband in jeder Art und Weise zu unterstützen. Denn es gilt hier noch ein großes Feld zu beackern, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß angesichts solcher Erfolge auch die große Reihe der uns Fernstehenden zu einer besseren Einsicht gelangt. In letzter Zeit wird von gemisser Seite aus gegen uns der Vorwurf erhoben, bei uns wird die Religion vernichtet, insbesondere versucht man dieses ganz jungen Leuten vorzumachen. Wir erklären dies als Verleumdung und bemerken gleichzeitig, daß wir keine Zeit für derartige Sachen haben, sondern unser ganzes Tun und Trachten ist das: Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder herbeizuführen, wie wir es hier wiederum getan haben.

**Frankfurt a. D.** Am Sonnabend, den 15. Juli, fand hier eine Generalversammlung statt, an der auch unser Gauleiter Lemser-Berlin teilnahm. Den Geschäfts- und Kassenbericht für das zweite Quartal erstattete Krumek. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 156,40 M., die Ausgaben 78,76 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 18,76 M. und eine Ausgabe von 5,88 M. Am Schluß des Quartals zählte die Zahlstelle 18 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Aufnahmen sind 3 gemacht worden. Zum Punkt „Arbeitsangelegenheiten“ teilt Lemser mit, daß nach der Berufs- und Betriebszählung in Frankfurt über 200 Personen sind, die in unseren Verband aufgenommen werden könnten. Die Zahl von 20 Organisierten sei darum sehr gering und stände uns noch viel Arbeit bevor. Hierzu äußerten sich verschiedene Kollegen, die näher auf die hiesigen Verhältnisse eingingen. Am hiesigen Tage sind ungefähr 25 bis 30 gelehrte Buchbinder und 10—15 Hilfsarbeiter. Die übrigbleibende große Zahl sind weibliche, welche hauptsächlich in der Tütenfabrikation und zum Teil als Heimarbeiter beschäftigt werden. Die Buchbinder gehören zum größten Teil dem Verbands an. Bei den Hilfsarbeitern, welche lange Zeit auf ihren Stellen tätig sind, konnte bis jetzt trotz vieler Versuche und Aufklärungen nichts erreicht werden. Ebenso ist es bei den weiblichen, sie haben für Zwecke und Ziele des Verbandes kein Verständnis, auch ist es ihnen gleich, ob sie heute in dieser und morgen in jener Branche tätig sind. Es wurde der Beschluß gefaßt, in dieser Sache nicht zu ermüden und die uns Fernstehenden durch Hausagitation für den Verband zu gewinnen suchen, um auch in Frankfurt a. D. bessere Verhältnisse zu schaffen. Nachdem wurde noch das Ueberstundenwesen bei der Firma Vogel u. Neuber gerügt. Lemser empfahl Abhaltung von Werkstübensversammlungen dieses Betriebes mit Hilfe der dort beschäftigten Buchdrucker.

**Krefeld.** Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, den 16. d. M., ihre Generalversammlung ab. Ein gangs der Tagesordnung erstattet Kollege Bauer seinen Geschäftsbericht, dem wir entnehmen, daß im letzten Quartal drei Vorstandssitzungen, zwei Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung stattgefunden haben. In letzterer referierte Gauleiter V. Groenhoff-Elberfeld über „Gewerkschaftliche Kämpfe und Ziele“. Desgleichen hören wir aus dem Bericht, daß die Zahlstelle Krefeld in Aufschwung begriffen ist. So haben sich auch wieder in den ersten Wochen des dritten Quartals drei Kollegen zur Aufnahme gemeldet, und verspricht auch dieses Quartal ein gutes zu werden. Ferner erörterte Bauer einzelne Betriebsverhältnisse, welche die Aufmerksamkeit der Kollegenschaft erfordern. Sobann gab Kollege Lehmann den Kassenbericht, der folgendes Bild zeigt: Einnahme für die Verbandskasse 1033,77 M., Ausgabe 779,55 M., am Orte behalten 254,22 M., Lokalkasse: Einnahme 784,92 M., Ausgabe 203,76 M., Kassenbestand 581,16 M. Eine Diskussion fand nicht statt, und wurde auf Antrag der Redatoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Neuber gab Bericht über mehrere Verhandlungen des Gewerkschaftsstellens und über Vorstandskonferenzen und machte die Anwesenenden mit den dort getätigten Beschlüssen und Ereignissen bekannt. Besonders Interesse erweckte der Bericht vom Gewerkschafts-kongress in Dresden mit der Gründung einer Volks-zugewerksicherung durch Generalkommission und Gewerkschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Letzteres wurde ganz besonders begrüßt und gaben in der Diskussion auch einzelne Kollegen ihre Erfahrungen mit

den sonstigen Volksversicherungen à la Vittoria zum besten. Der Vorsitzende und Berichterstatter beantworteten dann noch einige Anfragen bezüglich der Kartellverhandlungen. Unter Versicherungens nahmen nach einigen Ausführungen seitens des Vorsitzenden und des Schriftführers nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heutige Generalversammlung der Zahlstelle ist mit dem Verhalten des Redakteurs unseres Verbandsorgans nicht einverstanden. Die Versammlung gibt zu, daß Schriftführer schon mal Fehler machen. Wenn nun aber in einem Bericht die Namensunterschrift undeutlich ist, so ist das kein Grund, um denselben nicht zu veröffentlichen. Da die Arbeiterpresse über die stattgefundenen Versammlung einen sehr schönen Bericht gebracht hat, welcher ebenfalls vom Schriftführer verfaßt war, kann die Versammlung sich mit der Haltung des Redakteurs nicht einverstanden erklären und hofft, daß in Zukunft gemeinschaftlich zwischen Redakteur und Schriftführer gearbeitet wird, um endlich über derartige Kleinliche Fragen in Versammlungen nicht mehr reden zu brauchen.“ — Die Lokalfrage erledigte die Versammlung dadurch, daß einstimmig beschlossen wurde, das Lokal beizubehalten. Auf ein Schreiben bezüglich eines Fachkurses im Marmorieren meldeten sich verschiedene Kollegen als Teilnehmer an demselben und soll versucht werden, noch mehrere Kollegen zur Teilnahme zu bewegen, damit dem einzelnen die Kosten nicht zu hoch würden.

**Hamburg-Altona.** In der Mitgliederversammlung am 18. Juli referierte Kollege Küster in anschaulicher Weise über den Gewerkschaftskongreß in Dresden. Wegen des Umfangs der Materie konnte das Referat jedoch nicht zu Ende geführt werden, und wird der zweite Teil, beginnend mit dem neuen Entwurf zur Strafrechtsvorlage auf Antrag Hofhacker auf eine nächste Versammlung verschoben. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Artikel der Kollegen von Auer u. Co. in Nr. 28 der „Buchbinderzeitung“, führt Küster aus, daß der Vorstand der Meinung war, daß diese unliebsame Angelegenheit erledigt sei. Leider sei die Verwaltung durch den Artikel in der „Buchbinderzeitung“ (Nr. 28) gezwungen, nochmals zu dieser Sache in einer Mitgliederversammlung Stellung zu nehmen, da ja durch den Kommentar der Redaktion der „Buchbinderzeitung“ eine Mischstellung an derselben Stelle von vornherein abgelehnt sei. In erster Linie kann von einem freiwillig angebotenen Beitrag zum Monatsfonds nicht die Rede sein. Dem Vertrauensmann ist selbstverständlich aufgegeben worden, über den abgeführten Betrag eine Liste zu führen, wie dies ja zur Kontrolle auch gar nicht anders sein kann. Des weiteren entspricht es nicht den Tatsachen, daß von dem Personal 26,50 Mk. freiwillig abgeführt wurden, vielmehr hat eine Kollegin, durch den Verlauf der Versammlung überzeugt, nachträglich 3 Mk. abgeführt, welcher von dem an sich lächerlich geringen Betrag von 26,50 Mk. abzugelassen sei. Wenn in dem Artikel weiter gesagt wird, daß der Arbeiterausschuß zu dieser Frage Stellung genommen habe, und daß daher der Vorstand kein Recht mehr hatte, diese Angelegenheit in einer Mitgliederversammlung behandeln zu lassen, so ist es doch, gelinde gesagt, ein starkes Stück, dem Vorstand einer Organisation zuzumuten, den Arbeiterausschuß bei Auer u. Co. um Genehmigung zu erfuchen, was er auf die Tagesordnung einer Versammlung setzen darf. Wirklich rührend ist es, zu sehen, welche Rücksicht die Kollegen auf die Erklärung des Vorstandes und der graphischen Organisationen nehmen, wenn es ihnen in den Kram paßt, währenddem sie die Beschlüsse der Parteitage und des Gewerkschaftskartells als für sich nicht bindend anerkennen. Nebenbei bemerkt, kann niemand bei logischer Deutung der Erklärung des Vorstandes Vorstanzes zu der Stellungnahme gelangen, wie es diese Kollegen liebhaben. Von einer Disziplinlosigkeit des Vorstandes der Zahlstelle zu reden, ist so lächerlich, daß darauf nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Es wird angeführt, daß nur an die Kollegen von Auer u. Co. das Verlangen einer Beitragsleistung zum Monatsfonds gestellt sei. Demgegenüber ist zu bemerken, daß von der Verlagsanstalt Kaufmann u. Co. die Summe von 165,50 Mk. abgeführt sei; wenn auch das dort beschäftigte Personal ein größeres sei, so ist doch zu bedenken, daß die größte Anzahl aus Arbeiterinnen besteht, die sich allerdings mit einer 40jährigen Tätigkeit in Partei und Gewerkschaft nicht brüsten können. Auf die Schlagworte Injurien und Moralfergerei einzugehen, erübrigt sich, da diese beliebten Redewendungen auf den Artikelschreiber selbst zurückfallen. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner — mit einer Ausnahme — mit den Ausführungen Küsters einverstanden. Als höchst eigenartig wird das Vorgehen der Redaktion der „Buchbinderzeitung“ empfunden, der einen Seite Gelegenheit zum Angriff zu geben, im gleichen Augenblick aber zu sagen, daß es mit diesem sein Verhalten habe. Ebenso wenig könne die Redaktion beurteilen, ob und inwiefern die letzte Versammlung über das

Ziel hinausgeschossen habe. Der Vertrauensmann von Auer u. Co. suchte das Verhalten der Kollegen zu verteidigen und führte weiter aus, daß gemacht werden könne, was da wolle, bezahlt wird einfach doch nicht. Ein Antrag Moritz, die Zuschrift Gimmis dem Protokoll der letzten Versammlung anzuhängen, wurde abgelehnt.

**Chemnitz.** Unser langjähriges Verbandsmitglied Alfred Anger, Annaberg, bittet uns, mitzuteilen, daß er mit dem in der Korrespondenz aus Chemnitz in Nr. 29 genannten Anger, der in Chemnitz verschiedene Schwindeleien beging, nicht identisch ist. Wir kommen diesem berechtigten Wunsch unseres Kollegen gern nach und bemerken noch, daß der in Nr. 29 erwähnte A. in Buchholz bei der Firma G. Adler seine Lehrzeit verbrachte, während unser Kollege A. jetzt noch bei der Firma W. Mehner in Annaberg tätig ist.

## Rundschau.

**Unsere Arbeitersekretariate im Jahre 1910.** Die Trupprehen des Rechts, die Rechtsschutzeinrichtungen der freizorganierten Arbeiterklasse Deutschlands sind auch im Jahre 1910 allen an sie gebellten Erwartungen gerecht geworden. Begründet und unterhalten von den mit dem Laufe der Jahre zu einer festen Einheit zusammengeschlossenen Organisationen der Arbeiter, unterstützt und getragen von dem Vertrauen weiter Volkstreu, von den Arbeitern an bis weit in die Kreise des Kleinbürgertums hinein, haben die Rechtsschutzeinrichtungen der freizorganierten Arbeiterklasse, insbesondere aber die Arbeitersekretariate, einen Entwicklungsgang genommen, dem sich an Gleichmäßigkeit und Festigkeit nichts auf diesem Gebiete an die Seite stellen läßt. Wohl sind hier und dort Einrichtungen, die gegründet waren, wieder eingegangen. Entweder waren es solche, die gegründet werden konnten, weil am Ort vorhandene Einrichtungen eine Rechtsauskunftserteilung im Nebenamt ermöglichten, oder solche, die gegründet worden waren, ohne die eigene Kraft vorher genügend geprüft zu haben. Die große Zahl aber der seit langem bestehenden Sekretariate und deren Tätigkeit zeigt uns das Bild im einzelnen, das wir in der Arbeiterbewegung im ganzen wiederfinden.

Von den berichtenden 112 Sekretariaten geben 79 an allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, unentgeltliche Auskunft, 66 von diesen Sekretariaten gewähren ferner unentgeltliche Rechtshilfe allen Personen ohne Ausnahme, ob organisiert oder nicht organisiert, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder sonst welcher sozialen Stellung angehörig. 14 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den gewerkschaftlich organisierten oder nicht organisierten Personen, 8 weitere Sekretariate erteilen neben solchen auch den nur politisch organisierten Personen Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe. 11 Sekretariate beschränken die Auskunftserteilung und Rechtshilfegewährung an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nichtorganisationsfähige Angehörige. In einigen Sekretariaten wird von den angeführten Regeln in Ausnahmefällen abgewichen. Allen organisierten ohne Unterschied erteilen 96 Sekretariate Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe, 3 von diesen Sekretariaten bestehen hierunter nur die Mitglieder der freien Verbände. 15 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den Mitgliedern der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen.

Die Zahl der Sekretariate, welche persönliche Vertretungen übernommen haben, beträgt jetzt 94 gegen 85 im Jahre 1909. 7 Sekretariate können diese äußerst wichtige Tätigkeit eines Arbeitersekretariats nur in Ausnahmefällen übernehmen. Die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerkschaften gehört zu den Obliegenheiten von 102 Sekretariaten, Statistik wird von 76 betrieben; gewerkschaftliche Tätigkeit, also Agitation für die Gewerkschaften, Einberufung von Versammlungen, Leitung und Verwaltung kleiner Zahlstellen, Leitung des Kartells am Ort und ähnliche gewerkschaftliche Arbeiten haben 79 zu erleben.

Die Zahl derjenigen Orte, an welchen das Sekretariat durch besondere Beiträge der Mitglieder unterhalten wird, wird immer geringer. Zahlten noch 1908 an 35, 1909 an 31 Orten die Mitglieder besondere Beiträge für das Sekretariat, so war dies 1910 nur noch an 25 Orten der Fall. Zwei Sekretariate werden vollständig von der Generalkommission unterhalten, zu zwei weiteren Sekretariaten zählt die Generalkommission einen Zuschuß. Das Sekretariat Coburg wird aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten. Einen Zuschuß aus Staats- und Gemeindegeldern erhält das Sekretariat Wanz.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate weist wieder eine erhebliche Steigerung auf. Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden stieg von 543 304 auf 579 085. 545 451 oder 94,19 Proz. von den Auskunft-

suchenden waren Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen. 28 631 Personen waren sonstige Personen, also Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende usw. In 2221 Fällen wandten sich Behörden, Vereine und sonstige Korporationen an die Sekretariate. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsuchenden Personen 409 070, das sind 70,9 Proz. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 610 897 und stieg um 41 651. Von den Auskünften wurden 540 474 mündlich, 35 379 mündlich schriftlich erteilt werden. 141 083 Schriftsätze wurden angefertigt. In den 10 Jahren, in welchen nunmehr statistische Aufzeichnungen der Arbeitersekretariate veröffentlicht werden, wandten sich in 3 469 892 Fällen Auskunftsuchende an die Arbeitersekretariate und 3 626 951 Auskünfte bzw. Rechtshilfen wurden geleistet. Diese Zahlen sollten sich jene merken, die noch heute von einer unproduktiven Arbeiterbewegung reden. Ganz abgesehen von den ideellen Erfolgen reden diese Zahlen von gewaltigen Summen, von ungeheuren materiellen Erfolgen, welche der Arbeiterklasse und jenen Kreisen, welche sich wirtschaftlich der Arbeiterklasse angliedern, zugeführt werden konnten. Von Einrichtungen, welche das ureigenste Werk der organisierten Arbeiterklasse selbst sind. Die persönlichen Vertretungen, welche in den Einzelfällen einen erheblich größeren Teil von Zeitaufwand erfordern als die Auskunftserteilung, weisen wiederum gegen das Vorjahr eine Steigerung auf, sie stiegen um 682 auf 6380. Termine wurden von 92 Sekretariaten 6759 wahrgenommen, 570 mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der Auskünfte ist im Jahre 1910 um 31 gestiegen, sie betrug am Jahreschluss 203. Die von den Auskunftstellern erteilten Auskünfte stiegen um 6120 auf 46 846. 173 Auskunftstellern erteilten unentgeltlich Auskunft an alle Auskunftsuchenden, 30 nur an Gewerkschaftsmitglieder. An drei von letzteren Orten wurde auch Parteimitgliedern unentgeltlich Auskunft erteilt, in einem weiteren Orte neben diesen auch den Nichtorganisationsfähigen. Neben der mündlichen erteilten 174 Auskünften auch schriftliche Auskünfte. Zum erstenmal in diesem Jahre wurde eine Befragung nach angefertigten Schriftsätzen und persönlichen Vertretungen vorgenommen. Diese Befragung ergab eine überraschende Fülle von geleisteter Tätigkeit auf diesen Gebieten. Nicht weniger als 14 225 Schriftsätze waren von 140 Auskunftstellern angefertigt worden, 831 persönliche Vertretungen waren von 89 Auskunftstellern wahrgenommen worden.

Die Auskunftserteilung und Rechtshilfegewährung der Sekretariate und Auskunftstellern zusammen hat sich in den letzten 6 Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen betrug seit dem Jahre 1905, seit welchem für beide Einrichtungen Zahlen vorliegen: 1905: 315 946, 1906: 404 428, 1907: 464 485, 1908: 551 657, 1909: 609 472, 1910: 657 243. Die Zunahme betrug im letzten Jahre 47 771. Die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen der organisierten Arbeiterklasse für die Rechtshilfegewährung bestanden, stieg von 284 im Jahre 1909 auf 315. Schriftsätze wurden von den Sekretariaten und Auskunftstellern zusammen 155 308 angefertigt; 6661 persönliche Vertretungen wurden wahrgenommen. Diese Zahlen tragen die Gewähr in sich, daß nichts mehr in der Lage sein wird, den weiteren Entwicklungsgang der freien Rechtsschutzeinrichtungen zu behindern, sie in ihrer allgemeinen Wirksamkeit zu beeinträchtigen.

**Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.** In Nr. 13 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ ist der Bericht über die Entwicklung und den Stand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1910 enthalten. Dieser Bericht kann als eine Ergänzung des in Nr. 6 des Zentralblattes gegebenen Jahresberichtes des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften gelten. Was der Ausschuss der Welt weit damals zu erzählen hatte, ist seinerzeit lebhaft in der Arbeiterpresse kommentiert worden.

In Nr. 6 des Zentralblattes war auf die günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 und 1911 hingewiesen worden und der letzte Bericht bestätigte nochmals den günstigen Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Herr Adam Stegerwald, der Verfasser beider Berichte, dürfte mit zwei neuen Augen bei der Arbeit gefesselt haben, schon aus dem Grunde, als selbst bescheidene Menschen als Frucht 17 jähriger Agitation sich einen andern Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung gedacht und erträumt haben, als wie er heute ist. Was sind 350 000 Gewerkschaftsmitglieder, wenn wir alle die Hilfs- und Unterstützungsmittel ins Auge fassen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Seite stehen. Von den Regierungskreisen aus bis zu den Reichstagen hin erstreckt sich der Agitationsboden der Christen. Fast überall gehätselt und gepöppelt, haben die Zentralschriften für ihre Agitation völliige Entlohn-

freiheit, wie sie keine andere Arbeiterbewegung aufweisen kann. Starke Parteigruppen mit Millionen Anhängern protegiert die christlichen Organisationen, weil sie in ihnen ein Bollwerk gegen die Flut der sozialistischen Arbeiterbewegung sehen. Daß das letzte nun nicht ist, und daß die Christen sicher auch keine Ursache haben, zukunftsfröhlich das hohe Ross zu reiten, werden wir gleich sehen, sobald wir einen Vergleich ziehen zwischen dem Stand der christlichen und dem der freien Gewerkschaften.

Table with 2 columns: Year and Membership Count. Rows include Ende 1909, 1910, Mitte Juni 1911, and a comparison for June 1911 between Christian and Free Trade Unions.

Table with 2 columns: Year and Membership Count. Rows include Ende 1910, Juni 1911, and annual averages for 1909, 1910, and 1911.

Aus den obigen Zahlen ersehen wir, daß in kaum 1 1/2 Jahren die freien Gewerkschaften um 383 827, d. i. um 38 827 mehr Mitglieder zunahmen, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt in 17 Jahren ihres Bestehens an Mitgliedern um ihre Fahne sammeln konnten! Diese Feststellung muß schmer auf das Gemüt des sonst nicht so bescheidenen Christengenerals Siegerwald drücken. Und wer weiß, wie die christlichen Gewerkschaften heute dastünden, wenn nicht Angst und bloße Furcht vor dem riesigen Anschwellen der sozialistischen Arbeiterbewegung eine geradezu wahrwichtige, wie eifrige Tätigkeit in der und für die christliche Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen hätte. Es liegt nicht an der Arbeit der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrem nie rastenden Bestehen, wenn nicht mehr aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung geworden ist, nicht das Bollwerk, das die sozialdemokratische Hochflut zurückdämmt. Die Christen haben sich gründlich gequält, haben gedroht, gebetet und gelogen, was das Zeug hielt, sie haben ihre Taktik einmal hott und dann wieder hü geben lassen. Und nun als Erfolg diese paar Hunderttausend Mitglieder!

Zentrums- und Gewerksvereine. Bekanntlich versichern die Organe der christlichen Gewerksvereine, sie seien parteipolitisch neutral. Wie das verstanden wird, lehrt die Anfüllung der Gewerksvereinsblätter mit gehässigen Angriffen gegen eine bestimmte politische Partei, die sozialdemokratische. Daß wir es in ihnen mit parteipolitischen Vereinigungen ausgesprochener Art zu tun haben, ist den W.-Gladbacher Gewerksvereinen nun schon wieder von wohlunterrichteter Seite attestiert worden. Der Zentrumsführer Abgeordneter Peter Spahn hat kürzlich in Godesberg in seinem Wahlkreise Bonn-Rheinbach eine Rede gehalten, in der er gemäß dem Berichte in Nr. 147 der „Germania“ sagte:

„Ich bin nicht pessimistisch, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volksvereine und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unser Windthorstbund in der Agitation, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.“

Dies offene Eingeständnis, daß die „christlichen Gewerkschaften“ Zentrumsvereine sind, wird deren Führern äußerst un bequem sein. Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt über die Spahn'sche Rede genau denselben Bericht wie die „Germania“, streicht aber die auf die „christlichen Gewerkschaften“ bezügliche Stelle heraus! Das läßt tief blicken! Es soll immer noch die Täuschung aufrechterhalten werden, die W.-Gladbacher Gewerksvereine seien parteipolitisch neutral. Gebe man doch diesen nutzlosen Versuch auf.

Der Kriegsfonds der Unternehmer. In der Parteipresse lesen wir hierüber: Ein günstiger Zufall ließ uns Einblick nehmen in die Verhandlungen der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeits einstellen. Diese Ausschüttung fand am Montag, den 12. Juni 1911, statt. Es waren 51 Vertreter der verschiedenen Arbeitgeberverbände inklusive des Vorstandes und der besoldeten Sekretäre anwesend. Freilich v. Reisswitz referierte über die Notwendigkeit der vom Vorstand beantragten Wände-

lungsvorschläge, die auf Grund einer fünfjährigen Erfahrung gefestigt wurden. Der Hauptzweck sei erstens die Einbeziehung des Transportgewerbes unter den gleichen Bedingungen, die für die Gesellschaft des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe Deutschlands, z. B. v. A., maßgebend sind; zweitens die Vermeidung solcher Kürzungen der Entschädigungen, wie sie schon wiederholt und besonders im letzten Geschäftsjahre infolge der unzureichenden Gesellschaftsmittel notwendig waren; drittens die Schaffung eines Reservefonds, aus dem Entschädigungen schon während der Streiks gezahlt werden könnten. Der Referent betonte, daß in den 5 Geschäftsjahren an Entschädigungen von der Gesellschaft 191 000 Mk. ausfallen mußten, weil die Mittel nicht langten. Der Beitragsfuß betrug 1 Mk. pro Wille und Mitglied der verausgabten Lohnsumme, er soll jetzt auf 2 Mk. gesteigert werden. Die Wägerei würde nicht eingetreten sein, wenn man immer schon 2 Mk. statt 1 Mk. erhoben hätte, es würde dann zurzeit sogar noch ein Bestand von etwa 40 000 Mk. verfügbar gewesen sein. Wenn die Beitragserhöhung nicht erfolge, müsse sofort der in den Satzungen vorgesehene Nachschuß eingefordert werden, womit noch nicht einmal die Möglichkeit einer Zahlung während oder nach Beendigung des Streiks gegeben sei. Natürlich machte Reisswitz bei dieser Gelegenheit auf die vortrefflich gerüsteten Gewerkschaften aufmerksam; demgegenüber seien die Ausgaben der Arbeitgeber für ihre Organisationen nur gering.

Herr Frauen aus Kiel war beauftragt, einen Antrag zu vertreten, wonach die Unterfügungen auf Grund der gezahlten Löhne während eines Streiks oder einer Aussperrung allwöchentlich zur Auszahlung gelangen sollen. Er beantragte, die Beratungen über den Satzungsentwurf des Vorstandes abzugeben und den Vorstand mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs zu beauftragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag dagegen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag auf 2 Mk. pro 1000 Mk. Lohnsumme festzusetzen, wurde angenommen. Weiter der Antrag: „Zur Schaffung eines Reservefonds, der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 50 Pfg. pro 1000 Mk. Lohnsumme erhoben werden.“

Ein Antrag des Hamburger Vertreters vom Baugewerbe, den Beitrag auf 5 Mk. statt 2 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Herrn Janßen aus Kiel, den Jahresbeitrag für das Jahr 1911 zweimal zu erhöhen, um im nächsten Jahr sofort eine wöchentliche bzw. monatliche Unterfügung gewähren zu können. Man begnügte sich mit der Einschränkung, daß Vorschüsse gewährt werden können auf die später auszahlenden Entschädigungen, wenn die verfügbaren Mittel es irgend gestatten! Auch der Antrag, diese Beschlüsse wie die gesamten Änderungen der Satzungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 in Geltung treten zu lassen, wurde abgelehnt und beschlossen, diese erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen.

Von öffentlichem Interesse ist aus den Satzungen noch besonders der § 17, der die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen regelt. Der Ausschlußrat soll sich von den folgenden Gesichtspunkten bei Festsetzung der Entschädigungen leiten lassen: Es kann für jeden ausfallenden Arbeiter eine Entschädigung bis zur Höhe von 20 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes bewilligt werden. Wägen für 10 000 Arbeiter bei einem Durchschnittstagesverdienst von 4 Mk. täglich 4000 Mk. — Diese volle Entschädigung kann indes nur bezahlt werden, wenn die Zahl der bei einer Firma beschäftigten Arbeiter 1000 nicht übersteigt. Für mehr als 1000 Arbeiter können nur folgende Entschädigungen bezahlt werden:

Table with 2 columns: Worker Count and Percentage. Rows show 1001-2000 (16%), 2001-4000 (12%), 4001-8000 (8%), and 8001-10000 (4%).

Die sonstigen Paragraphen der Satzungen dieser Arbeitgeberverbände sind nicht weiter von Belang. Das finanzielle Bild, das wir da schauen, ist nicht gerade sehr erhellend für den weniger bemittelten Unternehmer, mußte ihm doch die Entschädigung oft ver sagt bleiben. Jetzt nun sollen die Unternehmer höhere Beiträge zahlen, letzten Endes doch nur zu dem Zwecke, um die finanziell besser gestellten verbündeten Scharfmacher den rigorosen, zwecklosen Kampf gegen die Arbeiter noch andauernder führen zu lassen.

Die Internationale der Unternehmer. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Unternehmer nicht so kurzfristig sind, ihre Organisationen nach Nationalen einzuschließen, sondern daß sie eine Internationale bilden. Zwar werden sie nie müde, uns vorzuwerfen, daß wir keinen Sinn für das eigene Vaterland haben, daß wir immer internationale Tendenzen propagieren, und das Wort von der vaterlandslosen Sozialdemokratie ist dem Pharisäerthum der Ausbeuter der ganzen Welt einverleibt worden. Trotzdem sind

es gerade die Unternehmer, welche für sich und ihre arbeiterfeindlichen Bestrebungen den Internationalismus fördern, fördern in dem volksfeindlichsten Sinne, indem sie sich international vereinigen gegen die eigenen Volksgenossen, um sie in Armut, Elend und Sklaverei zu erhalten.

In der Zeit vom 28. September bis 1. Oktober d. J. findet in Turin ein internationaler Kongreß der Unternehmer statt, der sich vornehmlich mit folgenden Dingen beschäftigen wird: 1. Die Arbeitgeberorganisationen und ihr gegenwärtiger Zustand, Taktik und Aktion. 2. Die Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden. 3. Die Arbeitgeber und die soziale Gesetzgebung. Schon aus diesen Verhandlungsgegenständen ist zu schließen, daß die Diskussion sehr interessant werden wird, sind es doch die An gelegenheiten, in welchen sich die Ausbeuter aller Länder einig fühlen, wenn sie auch durch Länder und Meere getrennt sind. Die Verschiedenheit der Sprache wird es nicht hindern, daß sie sich zusammenfinden, geht es doch gegen die Arbeiter.

Bei Verschlimmerung von Unfallfolgen seien die hier von Betroffenen dringend gewarnt, etwa einen Antrag auf Gewährung der Invalidenrente bei der Landes-Versicherungsanstalt zu stellen. Die Berufsgenossenschaften ziehen andernfalls aus diesem Umstande nur zu gerne den Schluß: „Der Unfallverletzte glaubt selbst nicht daran, daß die eingetretene Verschlimmerung auf den Unfall zurückzuführen ist.“

Die Landes-Versicherungsanstalt wird auch in jedem Fall den Antrag auf Invalidenrente zurückweisen, sofern diese im wesentlichen durch Unfallfolgen bedingt ist. Ebenso zweifelhaft ist es, bei dieser den Antrag auf Anstaltsbehandlung zu stellen.

Beide Anträge, Erhöhung der Rente und Antrag auf Uebernahme des Heilverfahrens, sind nur bei der zuständigen Berufsgenossenschaft zulässig. Im Interesse der Verletzten sind diese aber sofort unter Beifügung eines Beweises hierfür — ärztliche Bescheinigung — einzureichen.

Abrechnungen.

Vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 25. Juni bei der Verbandskasse ein: Von Frankfurt a. O. 70 Mk., Gau II — 70 Mk., Breslau 800 Mk., Görlitz 40 Mk., Dessau 100 Mk., Gau VIII 900 Mk., Völsfelb 880,80 Mk., Detmold 73,84 Mk., Hannover 9960 Mk., Jena 200 Mk., Rübollstadt 83,56 Mk., Gau X 194,47 Mk., Barmen-Eiberfeld 1400 Mk., Dortmund 750 Mk., Duisburg-Auhrort 100 Mk., Gelsenkirchen 10,42 Mk., Pforzahn — 100 Mk., Gau XI 89,80 Mk., Frankfurt a. M. 1140 Mk., Gau XII 1185,18 Mk., Dresden — 100 Mk., Grimma 200 Mk., Würzburg 496,89 Mk., Ranel 105,16 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 1000 Mk., Strahburg 190 Mk., Freiburg 100 Mk., Rottung — 100 Mk., Erlangen 200 Mk., Regensburg 255,10 Mk., Gau XIV 130 Mk., Kaufbeuren 140 Mk., München 2000 Mk.

E. Gaueisen.

Achtung! Unterstützungsanzahler!

Dem Kollegen August Garmin, Buchn. 42 395, sind in Hannoversch-Münden seine Papiere, darunter sein Mitgliedsbuch, im Evangelischen Vereinshaus abhanden gekommen. Nach Angabe der Vereinshaus-Verwaltung hat sie sich ein Seiler Ludwig Digner aus Hameln geben lassen. Die Unterstützungsanzahler wollen das Buch bei Vorzeigen sofort einziehen und an den Verbandsvorstand ein senden, eventuell den unrechtmäßigen Inhaber zur Anzeige bringen.

Adressenänderungen.

Ganbevollmächtigte.

Gau II. Gaborort Königsberg: D. Köp- nert, Krugstraße 9 D.

Unterstützungs-Anzahler.

Regensburg. E. Glöckl, Seimweg 35, part. von 1/2—1/8 Uhr abends und Sonntags von 1—2 Uhr.

Literarisches.

Sieben ist in neuer (siebenter) Auflage erschienen: Scherens Reiseführer für wandernde Arbeiter (Lorenzbuch für Radfahrer). Mit einer Eisenbahnfahrkarte und zwei Orientierungs- (Straßen-) Karten. Das neue Buch weist gegen früher einige Änderungen auf; sein Inhalt ist: Vorwort. — Verzeichnis von Reiseketten in Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweiz, Frankreich, Italien und Holland. — Alphabetisches Ortsverzeichnis (zu den Reiseketten). Der Preis des in Leinwand gebundenen Buches ist 1,50 Mk. Zu beziehen von Joh. Scherem in Stuttgart, Rüststraße 12, und durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

**Hauptversammlungen**

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht;
2. Neuwahl der Ortsverwaltung;
3. Verschiedenes;

finden statt in

**Bonn, Sonntag, den 30. Juli, vor-**  
mittags 11 Uhr, Rest. „Im Salz-  
rumpfen“.

**Leipzig, Montag, den 31. Juli, abends**  
8 1/2 Uhr, im Rest. Weichmann,  
Grenzstraße.

**Stuttgart, Montag, den 31. Juli,**  
abends 7 Uhr, im Rest. Luk, Haupt-  
stätterstraße.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen  
der Mitglieder erwarten  
Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

**Nachruf.**

Am Montag morgen starb nach  
längerem Leiden unser alter treuer  
Kollege

**Wilh. Schween**

im vollendeten 65. Lebensjahre.

Ein dauerndes Andenken wird

ihm stets bewahren

Die **Zahlstelle Braunschweig.**



**Kostenfreier  
Arbeitsnachweis**

für Buchbinder

O. Th. Winckler, Leipzig

**Zahlstelle Regensburg.**

Am 18. Juli d. J. verstarb

unsere werthe Kollegin

**Berta Winkler**

nach langem schweren Leiden.

Ehre ihrem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

**Tüchtige**

**Etuisarbeiter**

in feineren Samtarbeiten für Etuis und  
Fensterdekorationen gelibt, findendauernde  
Stellung. Näheres durch **H. Striße,**  
Berlin N., Auguststr. 69 I, 6-7 Uhr.

**Deutscher Buchbinder-Verband**

**Zahlstelle Berlin**

Sonnabend, den 5. August 1911, in Kliems Festsälen, Halenheide 14-15

**Extra-Spezialitäten- u. Theater-Vorstellung**

Ausgewähltes Programm

Von 9 Uhr ab: **Großer Sommernachtsball** in beiden neu renovierten Sälen

Die Theater-Billetts berechtigen zum freien Eintritt in die Säle

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach

Einlaß 3 Uhr

Anfang 4 Uhr

Billetts im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. für alle Plätze

Programm am Eingang des Theaters gratis

Kinder ohne Billett haben keinen Anspruch auf Sitzplätze. Das Theater bietet vollständig Schutz  
bei Regenwetter

Kaffeekochen von 3-7 Uhr (auf allen Plätzen erlaubt) und Sonntag früh von 1/4 Uhr ab

Billetts sind im Bureau sowie bei allen Vertrauensleuten und Zahlstellen zu erhalten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Vertreter gesucht für

**veredelte Dauerwäsche.**

Täglich bis zu 15,- Mark Verdienst.  
Sofort Geld!

Gerlach & Co., Cöln-Lindenthal.

Eine Leipziger Großbuchbinderei sucht  
zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

**Kalkulator.**

Angebote mit Zeugnisabschriften und  
Angabe der Gehaltsansprüche werden  
durch die Expedition dieses Blattes unt.  
E. W. Nr. 45 erbeten.

**Photographischer Apparat,**

18x24, mit Hintergrund und sämtlichem  
Zubehör, verkauft ganz oder getrennt  
für die Hälfte des Wertes Alfred Hassel,  
Schweim i. W., Friedrichsbad.

**Buchbinderwerkstatt,**

Schneidemaschine, Pappschere, Werk-  
zeuge sowie Gutaten, spottbillig zu ver-  
kaufen (ev. Maschinen einzeln). Näheres  
Berlin SO., Eisenbahnstr. 20.

Die Gold- und Silberschmelzerei,  
Schelde- und Gekrätz-Anstalt

**M. Broh**

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6958,

kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmiede,  
Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche  
gold- und silberhaltigen Rückstände.

Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl-  
einrichtungen. — Streng reelle Bedienung.

Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland.

Gegründet im Jahre 1896.

**Bei Blutarmut, Bleichsucht,**

Blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und  
Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten  
(Operationen, Wochenbetten usw.), Frauenkrankheiten, Magen- und  
Darmleiden, Nervenkrankheiten, nach überstandenen erschöpfenden  
Krankheiten usw. werden warm empfohlen Trinfuren im Gause mit

**Lamscheider Stahlbrunnen.**

„In allen Fällen sahen wir die Symptome der Chlorose (Bleichsucht)  
sehr bald verschwinden und einem körperlichen und seelischen Wohl-  
befinden Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die  
einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merkwürdig  
schnell. Dehene und Schmerzen in den Füßen verschwanden, der  
Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf  
stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfreudigkeit  
Platz.“ — „Ich teile Ihnen mit, daß ich bei den verschiedenen Er-  
krankungen des Magens, auf nervöser Grundlage hasterend, Ihr Wasser  
mit gutem Erfolg angewandt habe und daselbe seit mehreren Jahren  
in vorkommenden Fällen gern empfehle.“ — Ausführliche Mitteilungen  
über Kurverfolge, Bezug des Brunnen kostelos durch: Lamscheider  
Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 128.

**Der neue Lohnentarif**

für

**Buchbinderarbeiten**

ist erschienen.

Preis für Mitglieder 1,- Mk. einschließlich Porto,  
bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto,  
für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

**Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten**

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto,  
für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Verfand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages.